

## Jennifer Schevardo

Von der Kartenwirtschaft zum „Exquisit“: Verbraucherpreise, Lebensstandard und Herrschaftslegitimation in der DDR der fünfziger Jahre

<http://dx.doi.org/10.14765/zfz.dok.1.952>

Reprint von:

Jennifer Schevardo, Von der Kartenwirtschaft zum „Exquisit“: Verbraucherpreise, Lebensstandard und Herrschaftslegitimation in der DDR der fünfziger Jahre, in: Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, herausgegeben von André Steiner, Böhlau Köln, 2006 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 35), ISBN 978-3-412-30405-8, S. 87-127

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <[redaktion@zeitgeschichte-digital.de](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)>



Zitationshinweis:

Jennifer Schevarado (2006), Von der Kartenwirtschaft zum „Exquisit“: Verbraucherpreise, Lebensstandard und Herrschaftslegitimation in der DDR der fünfziger Jahre, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.952>

Ursprünglich erschienen als: Jennifer Schevarado, Von der Kartenwirtschaft zum „Exquisit“: Verbraucherpreise, Lebensstandard und Herrschaftslegitimation in der DDR der fünfziger Jahre, in: Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, herausgegeben von André Steiner, Böhlau Köln, 2006 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 35), ISBN 978-3-412-30405-8, S. 87-127

# Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für  
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 35

André Steiner (Hg.)

# Preispolitik und Lebensstandard

Nationalsozialismus, DDR und  
Bundesrepublik im Vergleich



2006

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gefördert und gedruckt mit Mitteln der VolkswagenStiftung.

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:**  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Umschlagabbildung:**

Textilgeschäft nach der Währungsreform (Aufnahmedatum: 10.07.1948)

© SV Bilderdienst

© 2006 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Ursulaplatz 1, D-50668 Köln

Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11

[info@boehlau.de](mailto:info@boehlau.de)

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 978-3-412-30405-8 / ISBN-10 3-412-30405-0

# Inhalt

ANDRÉ STEINER

<b>Einleitung: Staatliche Preispolitik und ihre historischen Wurzeln .....</b>	<b>9</b>
<b>1. Staatliche Preispolitik und ihre Möglichkeiten.....</b>	<b>9</b>
<b>2. Kurzer Abriss der Geschichte der Preispolitik .....</b>	<b>12</b>
<b>3. Fragestellungen der Studien .....</b>	<b>16</b>

ANDRÉ STEINER

<b>Von der Preisüberwachung zur staatlichen Preisbildung. Verbraucherpreispolitik und ihre Konsequenzen für den Lebensstandard unter dem Nationalsozialismus in der Vorkriegszeit .....</b>	<b>23</b>
<b>1. Verbraucherpreispolitik in der Konsolidierungsphase des NS-Regimes .....</b>	<b>25</b>
1.1 Die Konsequenzen der nationalsozialistischen Agrarpolitik für die Nahrungsmittelpreise 1933–1936.....	27
1.2 Die Preise der gewerblichen Konsumgüter und die Verbraucherpreispolitik 1933–1936.....	42
<b>2. Verbraucherpreispolitik in der forcierten Aufrüstung .....</b>	<b>50</b>
2.1 Die Etablierung des Reichskommissars für die Preisbildung.....	50
2.2 Agrarwirtschaft und Nahrungsmittelpreise unter dem Vierjahresplan.....	59
2.3 Verbraucherpreise gewerblicher Konsumgüter unter dem Preisstop .....	66
2.4 Lohn- und Preisentwicklung unter den Bedingungen einer überlasteten Rüstungswirtschaft .....	73
<b>3. Wirkung der Verbraucherpreispolitik.....</b>	<b>77</b>

**JENNIFER SCHEVARDO**

**Von der Kartenwirtschaft zum „Exquisit“: Verbraucherpreise, Lebensstandard und Herrschaftslegitimation in der DDR der fünfziger Jahre ..... 87**

1. Vorbemerkungen ..... 87

2. Verbraucherpreise im Dienst der Finanzpolitik: 1948–1953 ..... 89

3. Die Sorge um stabile Preise: 1953–1958 ..... 99

4. Das Scheitern der Preispolitik und ein neuer Anfang: 1958–1961 ..... 110

5. Fazit ..... 122

**IRMGARD ZÜNDORF**

**Staatliche Verbraucherpreispolitik und Soziale Marktwirtschaft in Westdeutschland 1948–1963 ..... 129**

1. Einleitung ..... 129

2. Preispolitische Weichenstellung 1948 ..... 132

3. Preispolitik in der Etablierungsphase der Sozialen Marktwirtschaft 1948–1952 ..... 136

4. Die allgemeine Preispolitik 1952–1963 ..... 147

5. Staatlich regulierte Preise im Spannungsfeld der Akteursinteressen 1952–1963 ..... 157

    5.1 Nahrungsmittelpreise und Agrarpolitik ..... 157

    5.2 Verkehrstarife ..... 161

    5.3 Mieten und Wohnungsbaupolitik ..... 163

6. Fazit ..... 166

**ANDRÉ STEINER**

**Preispolitik und ihre Folgen unter den Bedingungen von Diktatur und Demokratie in Deutschland im Vergleich ..... 171**

1. Preise und die Wirtschaftssysteme ..... 173

2. Ziele und Funktion der Preispolitik ..... 177

3. Institutionen, Akteure und Leitlinien der Preispolitik ..... 184

4. Mittel und Instrumente der Preispolitik ..... 188

5. Preispolitik als Konsumpolitik? ..... 193

<i>Inhalt</i>	7
6. Konsequenzen der Preispolitik für die Entwicklung der Preise und des Lebensstandards.....	196
7. Resümee .....	202
Abkürzungsverzeichnis.....	204
Literaturverzeichnis .....	206





JENNIFER SCHEVARDO

# Von der Kartenwirtschaft zum „Exquisit“: Verbraucherpreise, Lebensstandard und Herrschaftslegitimation in der DDR der fünfziger Jahre<sup>1</sup>

## 1. Vorbemerkungen

Der Sozialismus sollte ein Gegenentwurf zum Kapitalismus sein. Dessen immanente Schwächen und seinen daraus vermeintlich zwangsläufig resultierenden Zusammenbruch hatte Karl Marx in seinen Schriften eingehend dargelegt. Seine Epigonen gingen davon aus, daß es reiche, die grundlegenden Konstellationen des Kapitalismus zu beseitigen, um damit eine dauerhaft krisenfreie Entwicklung der Gesellschaft zu gewährleisten. Diese Zuversicht beruhte darauf, daß der Mensch in der Lage sei, sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und Gesellschaft nach rationalen Kriterien zu planen und zu gestalten<sup>2</sup> – oder wie es bei Marx hieß „Geschichte [zu] machen“.<sup>3</sup>

Ein solches Alternativkonzept zum Kapitalismus gewann in Europa zusätzlich an Anziehungskraft, nachdem die Weltwirtschaftskrise das marktwirtschaftliche System diskreditiert und der Nationalsozialismus Krieg und Vernichtung gebracht hatte. Auch in der SBZ, dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, sprachen sich nach 1945 viele für einen Neuanfang unter veränderten Vorzeichen aus. Es sollte ein friedliches und gerechtes System geschaffen werden, das allen Menschen ständig wachsenden Wohlstand sicherte. Einige behaupteten darüber hinaus, daß es dafür notwendig sei, politische Instrumente zu schaffen, mit denen dieses System gezielt gelenkt und seine Entwicklung geplant werden könne. Mit diesem Begründungszusammenhang jedenfalls rechtfertigte die SED in Ostdeutschland ihren Anspruch, diese leitende Funktion selbst auszuüben.<sup>4</sup> Umgekehrt formuliert bedeutete das aber,

---

1 Der folgende Beitrag faßt einige der zentralen Thesen meiner im April 2004 an der Universität Potsdam eingereichten und im Oktober 2004 verteidigten Dissertation zusammen. Diese ist unter dem Titel „Vom Wert des Notwendigen. Preispolitik und Lebensstandard in der DDR der fünfziger Jahre“ 2006 als Beiheft der Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte erschienen. Ich danke André Steiner und Christoph Kleßmann für die Begutachtung der Arbeit, André Steiner für jahrelange, intensivste Betreuung, unzählige wertvolle Hinweise und freundschaftliche Zusammenarbeit.

2 Włodzimierz Brus/Kazimierz Laski, Von Marx zum Markt. Der Sozialismus auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem, Marburg 1990, S. 15.

3 Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, in: dies., Werke, Band 3, Berlin (Ost) 1959, S. 28.

4 André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 8.

daß die Partei ihre Stellung legitimieren mußte, indem sich die Gesellschaft tatsächlich nachhaltig positiv entwickelte und der Wohlstand für die Bevölkerung spürbar anstieg.

In diesem Zusammenhang kam der Preispolitik in der DDR der fünfziger Jahre besondere Bedeutung zu. Im sozialistischen System waren die Verbraucherpreise, zusammen mit den Einkommen, die wichtigsten wirtschaftspolitischen Instrumente, um den Lebensstandard der Bevölkerung aktiv zu beeinflussen. Gleichzeitig wurden sie in den Rahmen der Planwirtschaft eingeordnet: Auch die Preise sollten nach rationalen Kriterien geplant und vollständig gelenkt sein. Die theoretische Grundlage der Preispolitik stellte die Wertlehre von Karl Marx dar, die – grob vereinfacht – besagt, daß der Wert einer Ware in ihrer Produktion entsteht, nämlich gemäß des Anteils der auf sie verwandten „gesellschaftlich notwendigen“ Arbeit. Welchen Umfang diese habe und damit die Größe des Wertes, erweise sich nach Marx jedoch erst auf dem Markt, beim Verkauf der Ware, in Form ihres frei gebildeten Preises. In der sozialistischen Planwirtschaft sollten jedoch Markt und freie Preisbildung ausgeklammert werden und an ihre Stelle zentrale Planung und eine Preisbildung *ex ante* treten. Damit standen die zuständigen Behörden aber vor der Schwierigkeit, im Vorhinein festlegen zu müssen, was die „gesellschaftlich notwendige“ Arbeit bei der Herstellung einer Ware sei. Auf welcher Basis sollte in der Planung über einen vermeintlich optimalen Produktionsaufwand entschieden werden? Das Problem fand schließlich eine pragmatische Lösung, indem die Preise auf Basis der Herstellungskosten gebildet wurden. Allerdings sollten diese nicht in vollem Umfang in Anrechnung gebracht werden, sondern ihre Komponenten, d.h. die einzelnen Bestandteile des Produktionsaufwandes, wurden vereinheitlicht und normiert. Um ihnen dennoch einen gewissen Anreiz zur Produktion zu bieten, sollte den Betrieben mit den Preisen ein kleiner Gewinn eingeräumt werden.

Der sozialistische Preistyp – *cost + profit* – war also ein recht einfacher. Dies korrespondierte zum einen mit der *de facto* geringen Bedeutung von Geld und Preisen in der von Mangel geprägten Nachkriegszeit. Doch auch aus theoretischen Gründen war den Wertkategorien in der sozialistischen Wirtschaft zunächst eine unwichtige Rolle zugeordnet. Der Ökonom Alfred Lemmnitz<sup>5</sup> verwies auf Marx, als er im Zusammenhang mit der Währungsreform in der SBZ bemerkte, Geld stelle eine Art Umweg dar, der langfristig nicht mehr nötig sei, wenn Gebrauchswerte innerhalb der Gesellschaft direkt getauscht würden.<sup>6</sup> Die optimistische Einschätzung, daß Wertkategorien rasch an Relevanz verlören, wurde zwar bereits 1952 von Stalin relativiert, indem er feststellte, daß das von Marx für den Kapitalismus beschriebene Wertgesetz auch im Sozialismus gelte.<sup>7</sup> In den sozialistischen Staaten setzten sich daraufhin Wirtschaftsfachleute intensiver mit den Möglichkeiten der Preispolitik auseinander; dennoch muß festgestellt werden, daß in der DDR während der gesamten fünfziger Jahre das Verständnis von der Funktion und Wirkung der Preise eher simpel und mechanistisch blieb.

---

5 Zu dieser Zeit promovierte Lemmnitz in Leipzig und war Dozent für Politische Ökonomie an der Parteihochschule „Karl Marx“. Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgohs/Dieter Hoffmann, *Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon* [CD-ROM], Digitale Bibliothek Band 54, Berlin 2001.

6 Susanne Becker, *Zum Verhältnis von traditioneller deutscher Wirtschaftswissenschaft und marxistischer Theorie 1945–1950*, in: dies./Heiko Dierking, *Die Herausbildung der Wirtschaftswissenschaft in der Frühphase der DDR*, Köln 1989, S. 1–254, hier 189.

7 Josef Stalin, *Ökonomische Probleme des Sozialismus*, Berlin (Ost) 1952, S. 10.

Nichtsdestoweniger war die Preispolitik in der DDR ein wesentliches Element staatlicher Wirtschaftslenkung und die Preise hatten vielfältige, nicht immer beabsichtigte Effekte auf einzelne ökonomische Bereiche. Im folgenden wird es besonders um die Verbraucherpreise sowie deren Einfluß auf den Lebensstandard der Bevölkerung gehen. Es sollen die zentralen Leitlinien, nach denen diese Preise gebildet wurden, herausgearbeitet sowie der Frage nachgegangen werden, welche Wechselwirkungen sich mit anderen wirtschaftlichen Entscheidungs- und Handlungsfeldern ergaben. Danach sind auch die Effekte zu beleuchten, die die Preispolitik auf den Lebensstandard der DDR-Bevölkerung hatte. Abschließend kann gefragt werden, inwiefern die Preispolitik zur Legitimierung der politischen Herrschaft in der SBZ/DDR beitragen sollte und ob sie in diesem Sinne als erfolgreich anzusehen ist.

Untersucht werden die „langen“ fünfziger Jahre von 1948 bis 1961, also der Zeitraum, in dem sich das neue Regime in Ostdeutschland zu etablieren und zu festigen suchte. Am Anfang steht die Währungsreform in der SBZ im Sommer 1948, die den Auftakt für eine aktive und zielgerichtete Verbraucherpreispolitik bildete. Gleichzeitig kann diese Maßnahme als ein Moment der deutschen Teilung und als Beginn der Systemkonkurrenz auf deutschem Boden betrachtet werden. In ihrem Anschluß setzte in Ostdeutschland die Transformation in eine Planwirtschaft sowjetischer Prägung ein.

Am Ende des hier betrachteten Zeitraumes steht der Mauerbau im August 1961. Mit diesem Schritt wurde deutlich, daß nicht nur die Bevölkerung der DDR den Versuch der SED, ihren Herrschaftsanspruch über wirtschaftliche Erfolge zu behaupten, wenig geglückt fand, sondern daß die Partei nach anderen Methoden suchen mußte, die Wirtschaftsleistung zu erhöhen und ihre Herrschaft zu stabilisieren. Sie befreite sich aus der Legitimierungsfalle, indem sie die Bürger einsperrte.

## 2. Verbraucherpreise im Dienst der Finanzpolitik: 1948–1953

Als ein wesentliches Hindernis für den wirtschaftlichen Neubeginn in der Nachkriegszeit galt der übermäßig große Geldumlauf in Deutschland, der eine Folge der NS-Kriegsfinanzierung sowie des Einbruchs der Produktion war und der einen starken inflationären Druck verursachte. Diesem versuchten die Alliierten bereits mit dem Erlaß eines Preisstops auf dem Niveau von 1944 zu begegnen, doch angesichts des Mangels ließ sich die effektive Preisentwicklung nur schwer kontrollieren. Da die Reichsmark als Währung zunehmend abgelehnt wurde, sollte der Geldüberhang mittels eines Währungsschnittes beseitigt werden. Weder auf die Vorgeschichte der Maßnahme noch auf die konkrete Planung und Durchführung soll weiter eingegangen werden.<sup>8</sup> Im hier betrachteten Zusammenhang ist aber der

---

8 Zur Vorgeschichte: Jochen Laufer, Die UdSSR und die deutsche Währungsfrage 1944–1948, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46, 1998, S. 455–485; sowie auch: Christoph Buchheim, Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, in: Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, hg. v. der Deutschen Bundesbank, München 1999, S. 91–138. Zur Währungsreform selbst geben die folgenden Fußnoten die wichtigsten Literaturhinweise.

Umstand bedeutsam, daß sie eher inkonsequent durchgeführt wurde<sup>9</sup> und darum ihr Ziel – den Kaufkraftüberhang entscheidend zu reduzieren – verfehlte.<sup>10</sup> Zeitgenossen waren sich darüber einig, daß weitere Schritte folgen mußten, um die nach wie vor drohende Inflation abzuwenden. Angesichts des Umstandes, daß das Warenangebot weiterhin gering war – die Produktion entwickelte sich nur zögerlich und was vorhanden war, mußte zu großen Teilen als Reparationen an die Sowjetunion geliefert werden – entstand die Forderung, den andauernden Kaufkraftüberhang mit finanzpolitischen Mitteln zu reduzieren.<sup>11</sup> Dazu zählten Steuermaßnahmen, aber auch die Verbraucherpreispolitik sollte von diesem Zeitpunkt an im wesentlichen fiskalische Bedürfnisse erfüllen. Ihre Aufgabe war zunächst die Regulierung der Kaufkraft. Der wichtigste Akteur war demnach in dieser Phase auch die Finanzverwaltung bzw. nach der Staatsgründung das Ministerium der Finanzen (MdF), das von Willy Rumpf dominiert wurde.<sup>12</sup> Er verstand sich als Hüter des Staatshaushaltes und der Währungsstabilität – eine Haltung, die mehrmals im gesamten Untersuchungszeitraum zu Konfrontationen mit den anderen, für Preispolitik zuständigen Behörden führte.

Seit Kriegsende hatte die Bevölkerung lediglich Waren auf entsprechende Zuteilungskarten und in begrenzten Mengen zu den 1944er-Stop-Preisen erhalten. Diese Kombination von Preis- und Mengenkontrolle sollte gewährleisten, daß der gesamten Bevölkerung eine materielle Grundsicherung zukam.<sup>13</sup> Damit konnte aber die Kaufkraft der Bevölkerung kaum reduziert werden; jedoch sollten die Preise im Rationierungssystem aus sozialpolitischen Gründen auch nicht angehoben werden. Darum schien es erforderlich, eine zweite Preiskategorie einzuführen, was im Herbst 1948 geschah, als die staatliche Handelsorganisation (HO) gegründet wurde. In deren Läden konnten die Verbraucher Waren in unbeschränkten

- 
- 9 Die Spareinlagen von Institutionen wie den verstaatlichten Banken, den volkseigenen Betrieben, den Parteien und Massenorganisationen wurden aus politischen Gründen bevorzugt und darum nicht abgewertet. Matthias Ermer, *Von der Reichsmark zur Deutschen Mark der deutschen Notenbank. Zum Binnenwährungsumtausch in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (Juni/Juli 1948)*, Stuttgart 2000, S. 130f.
  - 10 Frank Zschaler schätzt, daß in den zwei Schritten der Währungsreform das umlaufende Bargeld in der SBZ auf 14,7 % des Altbestandes reduziert wurde, so daß sich das durchschnittliche Tauschverhältnis auf 6,8:1 belief. Frank Zschaler, *Die vergessene Währungsreform: Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ, 1948*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 45, 1997, S. 191–223, hier 211. Bezüglich des Giralgeldes korrigiert André Steiner Zschalers Berechnung und kommt so zu einem Tauschkurs von 8:1. Demnach hätte der gesamte Währungsschnitt in der SBZ 7,5:1 betragen, während er sich in den Westzonen auf 10,9:1 belief. Steiner, *Von Plan zu Plan*, S. 232.
  - 11 Karsten Broosch, *Die Währungsreform 1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Eine Untersuchung zur Rolle des Geldes beim Übergang zur sozialistischen Planwirtschaft in der SBZ/DDR*, Herdecke 1998, S. 44.
  - 12 Dieser war seit 1925 KPD-Mitglied, während des Krieges in Haft und im KZ Sachsenhausen. 1946 wurde er Mitglied der SED, 1949 dann Staatssekretär im Finanzministerium der DDR und 1955 bis 1966 selbst Minister. Müller-Enbergs/Wielgoths/Hoffmann, *Wer war wer*.
  - 13 Zur Entwicklung des Rationierungssystems und der kalorischen Versorgung der Bevölkerung siehe Marcel Boldorf, *Sozialfürsorge in der SBZ/DDR 1945–1953. Ursachen, Ausmaß und Bewältigung der Nachkriegsarmut*, Stuttgart 1998, S. 65–83; Horst Gaertner, *Materielle Versorgung und das Versorgungssystem in der SBZ/DDR 1945–1961/63*, Bochum 1991, S. 32–36, 93–109; Rainer Gries, *Die Rationengesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität*. Leipzig, München und Köln nach dem Kriege, Münster 1991, S. 93–106.

Mengen, jedoch zu wesentlich höheren Preisen „frei“ kaufen.<sup>14</sup> Die Differenz zwischen den Rationierungs- und den HO-Preisen bildete eine Art Verbrauchssteuer, die mit dem traditionell üblichen Namen Akzise bezeichnet wurde. Über sie wurden große Teile des Geldes, das die Verbraucher in den staatlichen Läden ausgaben, in den Haushalt abgeführt.<sup>15</sup>

Die primär finanzpolitische Begründung für die hohen HO-Preise wurde gegenüber den potentiellen Kunden kaschiert, indem die staatlichen Läden zunächst als deutliche Verbesserung der ostdeutschen Handelswelt präsentiert wurden. In ihnen sollten den Käufer nicht nur eine besondere Warenfülle, sondern auch guter Service und eine angenehme Einkaufsatmosphäre erwarten.<sup>16</sup> Wer es sich leisten konnte, hatte die Möglichkeit, aus der Masse der gleich und gering Versorgten hervorzutreten. Der Vorteil der HO bestand zunächst darin, daß die Mengenbeschränkung des Kartensystems wegfiel; nach und nach wurde das Angebot in den HO zudem erweitert und es waren auch qualitativ höherwertige Güter erhältlich, die zu dieser Zeit noch Mangelwaren darstellten und mit denen die staatlichen gegenüber den privaten und genossenschaftlichen Läden vorrangig versorgt wurden.<sup>17</sup>

Betrachtet man die jeweiligen Akzisesätze, die in den HO-Preisen für einzelne Warengruppen enthalten waren, so fällt auf, daß diese nicht nur sehr hoch, sondern vor allem unterschiedlich waren.<sup>18</sup> Der durchschnittliche HO-Preis bei der Warengruppe Brot und Kleingebäck je Kilo lag im April 1949 5,3mal so hoch wie der Kartenpreis, bei der Gruppe Fleisch/Wurst/Fisch betrug der HO-Preis das Zehnfache und bei Zuckerwaren etwa das Fünfundzwanzigfache der entsprechenden Preise im Rationierungssystem. Zu einem späte-

- 
- 14 Das Motiv der Kaufkraftabschöpfung, das hier in den Mittelpunkt gerückt wurde, war nur eine aus einer Reihe von Intentionen, die zur Gründung der HO führten. Über die staatlichen Läden sollten den Arbeitern aber auch Anreize gegeben werden, ihr individuelles Einkommen zu steigern. Sie hatten damit zur Akzeptanz des Leistungslohnes beizutragen, der zu dieser Zeit in der Industrie propagiert wurde. Die Wirtschaftsverwaltung hoffte so, die Produktivität steigern zu können. Außerdem sollten die staatlichen Läden sowohl dem Schwarzmarkt als auch dem Privathandel, die beide zu dieser Zeit in der SBZ noch sehr bedeutend waren, Konkurrenz machen. Die preispolitischen Implikationen dieser komplexen Motivlage werden ausführlich diskutiert in: Jennifer Schevarado, *Vom Wert des Notwendigen. Preispolitik und Lebensstandard in der DDR in den fünfziger Jahren*, Stuttgart 2006, S. 88–93.
  - 15 In der Forschung ist auch die These formuliert worden, daß dieser Zuschlag keine reine Steuereinnahme für den Staatshaushalt darstellte, sondern vielmehr dazu verwandt wurde, die niedrigen Rationierungspreise zu finanzieren. Diese Frage konnte ich auch in meiner Dissertation nicht aufklären; jedoch scheint es mir sehr unwahrscheinlich, daß die Wirtschaftsverwaltung zu der Zeit organisatorisch in der Lage war, diese Intention bei der Planung und Festlegung der Akzise gezielt umzusetzen. Siehe dazu: Ebenda.
  - 16 Katherine Pence, *Building Socialist Worker-Consumers: The Paradoxical Construction of the Handelsorganisation – HO, 1948*, in: Peter Hübner/Klaus Tenfelde, *Arbeiter in der SBZ/DDR*, Essen 1999, S. 497–526, hier 499. Katherine Pence betont in ihren Arbeiten den symbolischen Aspekt der HO sehr stark und sieht in den staatlichen Bemühungen um eine bessere Verkaufskultur den Aufstieg des Idealbildes *des* sozialistischen Konsumenten. Sie stützt sich dabei vor allem auf zeitgenössische Fachpublikationen zu Fragen des Handels. Damit erfaßt sie jedoch vermutlich nur Äußerungen von Intentionen oder Wünschen. Mark Landsman kritisiert Pence' These von der HO als Beitrag zur Konstruktion eines sozialistischen Konsumentenideals, denn ein solches habe in der SED niemand gehabt. Mark Landsman, *Dictatorship and Demand. The Politics of Consumerism in East Germany*, Cambridge 2005, S. 57.
  - 17 Judd Stitzel, *Fashioning Socialism. Clothing, Politics and Consumer Culture in East Germany 1948–71*, PhD John Hopkins University 2001, S. 366.
  - 18 Dies geht aus den Haushaltsrechnungen hervor. SZA, Abt. IV: Ergebnisse der Haushaltsrechnungen in der DDR (SBZ) für April, Mai, Juni 1949, November 1949, BAArch DE2/895.

ren Zeitpunkt, dem Jahresende 1951, lagen die auf Nahrungs- und Genußmittel erhobenen Akzisesätze im Vergleich zu den Rationierungspreisen zwischen 60 % (bei der Gruppe Fisch und Fischwaren) und 966 % (bei Kaffee). Für die meisten Waren, die auf pflanzlicher Basis beruhten, betrug die Akzise zwischen 170 und 250 % des Kartenpreises, bei Produkten, die auf tierische Rohstoffe zurückgingen, lag sie deutlich höher um etwa 300 %. Am stärksten wurden Importwaren mit der Verbrauchssteuer belastet.<sup>19</sup>

Demnach scheint es, als hätten die Preisplaner nicht einfach versucht, bei allen Waren möglichst viel Kaufkraft zu binden, sondern als sei es ihr Ziel gewesen, über die in den HO-Preisen enthaltenen Steuersätze den Verbrauch zu beeinflussen, wobei sie Preisreaktionen des Marktes imitierten: je rarer eine Ware desto höher ihr Preis. Dies galt sowohl für importierte und damit in der DDR exotische Erzeugnisse, als auch für Güter, deren latent dünnes Angebot durch hohe Preise „geschützt“ werden sollte, wie z.B. bei der Warengruppe Fleisch/Wurst/Fisch oder auch bei Milch. Auf diese Weise sollte ein rascher Ausverkauf dieser beliebten Güter verhindert werden, der dem Ruf der HO bei der Bevölkerung geschadet hätte.

Indes hatte die Finanzverwaltung allen Grund, mit den HO-Einführungspreisen und der über sie realisierten Reduzierung der Kaufkraft der Bevölkerung zufrieden zu sein. Die Deutsche Notenbank konstatierte jedenfalls, daß der Bargeldumlauf nach Herbst 1948 für längere Zeit konstant blieb.<sup>20</sup> Allerdings deutete sich bereits kurze Zeit nach Eröffnung der ersten HO-Läden an, daß in der Verbraucherpreispolitik nach den fiskalischen allmählich andere Motive in den Vordergrund treten sollten.

Noch vor der Gründung der DDR, im Mai 1949, wurde intern eine neue Ausrichtung der Preisarbeit gefordert. Im Zeichen des sich zuspitzenden Konfliktes zwischen Ost und West formulierte die politische Führung explizit das Ziel, den Lebensstandard der ostdeutschen Bevölkerung rasch zu steigern.<sup>21</sup> Eine besondere Rolle wurde dabei den staatlichen Läden zudedacht, die nun ein Ausweis der Leistungsfähigkeit der SBZ in Sachen Konsum und gesellschaftlicher Wohlstand werden sollten.<sup>22</sup> Bis dahin war deren Reputation bei der Bevölkerung jedoch eher schlecht,<sup>23</sup> da sich nach wie vor nur wenige den Einkauf dort leisten konnten. Dadurch war der Anteil der HO-Waren am durchschnittlichen Verbrauch der Haushalte im Vergleich zu dem der auf Karten bezogenen Güter, gemessen an den jeweils gekauften Mengen, auch ein halbes Jahr nach der Eröffnung der ersten staatlichen Läden minimal.<sup>24</sup> Dies war auch aus finanzpolitischer Sicht kein gewünschtes Ergebnis. Die Wirt-

19 Entwurf vom 19.2.1952, Preiselemente vom 31.12.1951, BArch DL 2688/1, Bl. 60/61.

20 Broosch, Währungsreform, S. 220.

21 Protokoll über die Sitzung der Landespreisämter bei der DWK am 19.5.1949, 20.5.1949, S. 3, BArch DN 7/2699.

22 In einer wirtschaftswissenschaftlichen Publikation der DDR aus dem Jahre 1958 heißt es, der staatliche Handel sollte das „Schaufenster unserer Erfolge“ sein. Karl-Heinz Jonuscheit, *Kosten und Kostensenkung im sozialistischen Einzelhandel der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1958*, S. 159. Zu der Intention der DDR-Führung, mit den HO auch Käufer aus dem Westen anzulocken: Landsman, *Dictatorship and Demand*, S. 42–47.

23 Katherine Pence zitiert zeitgenössische Umfragen. Pence, *Building Socialist Worker-Consumers*, S. 515.

24 Im April 1949 etwa bezog ein Mitglied eines Vier-Personen-Haushaltes mit mittlerem Einkommen in der Warengruppe Brot/Kleingebäck durchschnittlich 100mal größere Mengen pro Monat auf Karte als es in den HO kaufte; bei Fleisch/Wurst/Fisch betrug das Verhältnis der in den HO gekauften zu den im

schaftsverwaltung ging nun dazu über, die hohen Preise selbst als Makel darzustellen, der zu beseitigen sei. Die Lage der Wirtschaft galt als stabilisiert, und vor diesem Hintergrund sollten systematische und kontinuierliche Senkungen der HO-Preise nicht nur möglich, sondern auch das herausragende Kennzeichen der Verbraucherpreispolitik in der DDR werden.<sup>25</sup> Weiterhin wurde in dieser Zeit begonnen, über die mögliche Aufhebung der Rationierung zu sprechen und auf diese Weise Schritt für Schritt das doppelte Verbraucherpreisniveau zu vereinheitlichen.

Trotz dieser Formulierung eindeutig sozial ausgerichteter Ziele für die Verbraucherpreispolitik behielt sie intern ihren primär regulierenden Charakter. Aus den Akten der für die Planung und Durchführung der HO-Preissenkungen zuständigen Abteilung der Staatlichen Plankommission (SPK) geht hervor, daß die zentrale Determinante in ihrer Arbeit die vorhandene Warenmenge war. Die Preise im staatlichen Einzelhandel sollten so gebildet werden, daß alle Waren Absatz finden, der Staatshaushalt seine geplanten Einnahmen tätigen könne und gleichzeitig Versorgungsengpässe verhindert würden. Der Bedarf der Bevölkerung und seine mögliche, durch die geänderten Preise ausgelöste Entwicklung wurden jedoch nur vage antizipiert. Die SPK-Abteilung sah dies selbst als einen Mangel ihrer Arbeit an, doch kannte auch sie keine Möglichkeit, mit den systemisch gegebenen Mitteln die vorhandene Nachfrage in die Preisplanung einzubeziehen.<sup>26</sup>

Um also die HO-Preise senken zu können, mußten größere Warenmengen bereitgestellt werden. Kurz nach der Staatsgründung, noch im Oktober 1949, verkündete die Regierung optimistisch, daß innerhalb der folgenden sechs Monate Produktion und Bedarf bei Konsumgütern in Einklang gebracht werden könnten.<sup>27</sup> Diese Prognose stand jedoch im Widerspruch zu dem niedrigen Stellenwert, den die Konsumgüterproduktion in dem kurz darauf verkündeten ersten Fünfjahrplan für die Jahre 1951 bis 1955 einnahm.<sup>28</sup> Bevorzugt wurden die Bereiche Metallurgie, Schwermaschinenbau und Energie, während demgegenüber Leicht- und Lebensmittelindustrie zurückzubleiben hatten.<sup>29</sup> Allerdings sollte im Laufe des Fünfjahrplans der Pro-Kopf-Verbrauch von Nahrungsmitteln gesteigert werden.<sup>30</sup> Plangemäß wurde darum für die Landwirtschaft der DDR angestrebt, bis 1955 höhere Durch-

---

Rationierungssystem erstandenen Mengen 1:199, bei Butter/Fett/Öl 1:373 und bei Zuckerwaren 1:167. Berechnet nach: SZA, Abt. IV: Ergebnisse der Haushaltsrechnungen in der DDR (SBZ) für April, Mai, Juni 1949, November 1949, BArch DE2/895.

- 25 Protokoll über die Sitzung der Landespreisämter bei der DWK am 19.5.1949, 20.5.1949, S. 3, BArch DN 7/2699. Gleichzeitig wurde beschlossen, das HO-Laden-Netz zu erweitern. Horst Barthel, Die Einführung des doppelten Preissystems für Einzelhandelsverkaufspreise in der DDR durch die Schaffung der HO-Läden von 1948 bis 1950/51 als komplexe Maßnahme der Wirtschaftspolitik, in: Jahrbuch für Geschichte 31, 1984, S. 273–297, hier 281. Zur Zahl der Läden: Gaertner, Materielle Versorgung, S. 64.
- 26 Abt. Finanzplanung: Bemerkungen über die Methodik der Konsumtionsmittelpreisplanung, 4.1.1952, S. 5, BArch DE 1/9166.
- 27 Landespreisamt Sachsen: Bericht über die Tagung der Leiter der Landespreisämter am 13.10.1949 in Berlin, 15.10.1949, S. 2, BArch DN 7/2699.
- 28 Eine Übersicht zu den Zielen für die einzelnen Industriezweige bieten Wolfgang Mühlfriedel/Klaus Wießner, Die Geschichte der Industrie in der DDR bis 1965, Berlin (Ost) 1989, S. 148.
- 29 Steiner, Von Plan zu Plan, S. 65.
- 30 Bei Fleisch und Fleischwaren sollte der Pro-Kopf-Verbrauch gegenüber 1950 um 315 % ansteigen und bei Milch um 420 %. Peter Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995, S. 147.



schnittshektarerträge als Westdeutschland und die – nicht näher bestimmten – westeuropäischen Länder zu erreichen.<sup>31</sup>

Tatsächlich stieg die Agrarproduktion nach einem klimatisch bedingten Tief 1946/47 bis 1952 zwar langsam, aber stetig.<sup>32</sup> Dies änderte sich jedoch im Laufe des Jahres 1952, als sich nach und nach bei allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen der Output deutlich verringerte, was im Frühjahr 1953 in eine gravierende Versorgungskrise mündete.<sup>33</sup>

Die zunächst positive Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion scheint die Wirtschaftsverwaltung dazu ermuntert zu haben, die Preise für Lebensmittel in den HO deutlich zu reduzieren. Von den insgesamt 15 Preissenkungen, die laut Angaben des Handelsministeriums zwischen 1949 und 1954 vorgenommen wurden, lagen zwölf in der Zeit vor 1951.<sup>34</sup> Die Spannen, um die die Preise für einzelne Waren herabgesetzt wurden, variierten stark.<sup>35</sup> Bis Ende 1949 lagen sie bei pflanzlichen Erzeugnissen zwischen 50 und 70 %, bei tierischen Erzeugnissen zwischen 30 und 50 %. Erst nachdem sich zur Mitte des Jahres 1950 die tierische Produktion stabilisiert hatte, wagte die Wirtschaftsverwaltung entschiedenere Preissenkungen. Dies gilt jedoch nicht pauschal, sondern innerhalb der Produktgruppe wurden die Preise mit dem Ziel, die Nachfrage zu lenken, differenziert: Schweinefleisch, von dem größere Mengen vorhanden waren, wurde stärker im Preis herabgesetzt, als Rindfleisch. Die Ausnahme blieb Milch, deren Angebot anscheinend durchgehend so knapp war, daß sie überhaupt erst ab 1950 in der HO und bis Mitte 1954 zu nahezu gleichbleibenden Preisen erhältlich war.

In der ersten HO-Preissenkungswelle wurden am stärksten die Preise für Weizenmehl, Margarine, Zucker und Marmelade herabgesetzt; sie alle betrug danach nur noch 35 bis 45 % ihres Einführungspreises. Für die beiden letztgenannten Nahrungsmittel blieben die

- 
- 31 Dieter Schulz, Ruhe im Dorf? Die Agrarpolitik von 1952/53 und ihre Folgen, in: Jochen Černý (Hg.), Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig/Jena/Berlin 1990, S. 103–109, hier 104. Der Autor zeigt an dieser Stelle auch, daß Walter Ulbricht bereits 1951 verkündete, daß die DDR innerhalb des Fünfjahresplanes den Lebensstandard der BRD einholen würde.
- 32 Dies galt zumindest für tierische Erzeugnisse. Siehe die Angaben in: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin (Ost) 1956, S. 225. Bei einigen pflanzlichen Produkten verringerte sich der Output von 1952 im Vergleich zum Vorjahr. (Ebenda, S. 206–213). Die entsprechenden Angaben finden sich überwiegend auch in dem entsprechenden Band der in den neunziger Jahren vom Statistischen Bundesamt publizierten Reihe mit teilweise korrigierten bzw. neu berechneten statistischen Daten für die DDR wieder. Statistisches Bundesamt (Hg.), Ausgewählte Zahlen zur Agrarwirtschaft 1949 bis 1989 (Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 8), Wiesbaden 1993, S. 26, 35, 66 und 69.
- 33 Siehe zur Krise 1952/53 besonders Horst Barthel, Die Versorgungskrise. Bevölkerungsversorgung und Systemstabilisierung im Umfeld des 17. Juni 1953, in: Černý, Brüche, Krisen, Wendepunkte, S. 110–116 und Hübner, Konsens, Konflikt, Kompromiß, S. 144–151.
- 34 Die verschiedenen Angaben des Handelsministeriums zu den einzelnen HO-Preissenkungen: Schevar-do, Vom Wert des Notwendigen, S. 108. Horst Barthel nennt darüber hinaus noch zwei weitere Termine. Barthel, Einführung des doppelten Preissystems, S. 286.
- 35 Insofern ist auch Landsmans summarische Feststellung, die HO-Preise hätten am 1. November 1949 etwa 60 % unter ihrem Niveau bei der Eröffnung der Handelskette gelegen, zu differenzieren. Mark Landsman, Preisgestaltung, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, hg. Vom Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung und Bundesarchiv, Band 8: Deutsche Demokratische Republik 1949–1961. Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus. Bandherausgeber Dierk Hoffmann/Michael Schwartz, Baden-Baden 2004, S. 322–344, hier 329.

Preise danach längere Zeit konstant, vermutlich weil die Verantwortlichen bei so beliebten Waren wie Süßigkeiten Angebotslücken fürchteten. Bei Mehl wurden die Preise 1951 sogar leicht nach oben korrigiert. Die starke Preissenkung bei Margarine hing damit zusammen, daß die Wirtschaftsverwaltung versuchte, die Nachfrage von Butter abzulenken.<sup>36</sup>

Insgesamt sanken die HO-Preise für Lebensmittel bis Ende 1951 deutlich. Bei den meisten betragen sie zu diesem Zeitpunkt weniger als 20 % ihres Ausgangswertes; danach jedoch wurden die Preise – vermutlich auf Grund der sich andeutenden negativen Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion – nur noch wenig herabgesetzt.

Die Preispolitik in dieser Phase beeinflusste die Ernährungskosten im privaten Verbrauch stark. Dies kann an Hand der von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik regelmäßig durchgeführten Erhebungen in den privaten Haushalten gezeigt werden.<sup>37</sup> Gegenüber den Preisen von Dezember 1948 (100) stiegen danach die Ernährungskosten bis Juli 1949 rasant an (122,6). Der Großteil dieser Preissteigerung fällt auf die Monate Juni/Juli, was mit dem typischen Preisanstieg für Lebensmittel vor der neuen Ernte erklärt werden kann. In Folge zweier umfangreicher HO-Preissenkungen im Juli und Oktober 1949 sanken die Ernährungskosten zum November wieder (112,8). Laut Angaben des Handelsministeriums<sup>38</sup> wurden beide Male nahezu alle Preise herabgesetzt. Jedoch scheint der positive Effekt dieser Preissenkung bis zum März 1950 wieder aufgehoben worden zu sein: in diesem Monat lagen die durchschnittlich von den betrachteten Haushalten monatlich getätigten Ausgaben

---

36 Zum ständigen Versorgungsengpaß Butter: Jörg Roesler, Butter, Margarine und Wirtschaftspolitik. Zu den Bemühungen um die planmäßige Lenkung des Butter- und Margarineverbrauchs in der DDR zwischen 1950 und 1965, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1988/1, S. 33–47.

37 Diese so genannten Haushaltsrechnungen wurden in der SBZ/DDR seit 1947 regelmäßig durchgeführt. Für meine Dissertation habe ich die entsprechenden Berichte der Jahre 1948 bis 1950 und 1955 bis 1960 für die vierköpfige Familie der jeweils mittleren Einkommensgruppe ausgewertet. Neben Angaben zu gekauften Mengen enthalten sie auch Ausgabenbeträge, so daß sich aus diesen beiden Daten durchschnittliche Preise je Mengeneinheit für einzelne Waren errechnen ließen. Diese Angaben bieten methodisch den Vorteil, daß sie den tatsächlich von den Haushalten gezahlten Preisen entsprechen und damit – zumindest für bestimmte Verbrauchergruppen – die effektive Preisentwicklung widerspiegeln. Die Idee, auf diese Art Preisangaben jenseits der publizierten Daten zu generieren, stammt von André Steiner, dem ich dafür danke. Vollständige Angaben bezogen sich jedoch nur auf die Bedarfsgruppe Nahrungs- und Genußmittel, so daß alle hier präsentierten Neuberechnungen Ernährungskostenindizes sind. Zu Problemen bei der Verwendung von Haushaltsrechnungen für die Betrachtung des Lebensstandards im allgemeinen und der vorliegenden im besonderen: Schevarado, Vom Wert des Notwendigen, S. 274–277. Auch die Methodik, mit der die jeweiligen Warenkörbe zusammengestellt wurden, ist ausführlich dargelegt. Ebenda, S. 296–299. Alle Neuberechnungen beziehen sich auf den o.g. Haushaltstyp, die so genannte Indexfamilie. Diese Angaben stammen aus: Ergebnisse der Haushaltsrechnungen für November und Dezember 1948, Sowjetische Besatzungszone, Juni 1949, BArch DE 2/895; SZA, Abt. IV: Ergebnisse der Haushaltsrechnungen in der DDR (SBZ) Januar, Februar, März 1949, September 1949, BArch DE 2/895; SZA, Abt. IV: Ergebnisse der Haushaltsrechnungen in der DDR (SBZ) für April, Mai, Juni 1949, 11.1949, BArch DE 2/895; SZA, Abt. IV: Ergebnisse der Haushaltsrechnungen in der DDR Januar, Februar, März 1950, September 1950, BArch DE 2/895; SZA, Abt. IV: Ergebnisse der Haushaltsrechnungen in der Deutschen Demokratischen Republik für Juni, Juli, August 1950, BArch DE 2/895; SZA, Abt. IV: Ergebnisse der Haushaltsrechnungen in der Deutschen Demokratischen Republik für September, November, Dezember 1950, BArch DE 2/895; SZA, Abt. IV: Ergebnisse von Haushaltsrechnungen in der DDR Juni, Juli, August 1950, BArch DE 2/895.

38 MfHV, HV I, Abt. Preise: Preisentwicklung Nahrungsgüter, Stand 1.7.1954, 6.7.1954, BArch DL 1/2688.

für Ernährung erneut auf demselben Niveau wie vor den HO-Preissenkungen (122,8). Dies hing vermutlich damit zusammen, daß – wie später noch gezeigt wird – gleichzeitig die Preise im Rationierungssystem angehoben wurden. Erneut gingen die Ernährungskosten nach der HO-Preissenkung im März 1950 zurück (Juni 1950: 108,2), doch auch darauf folgte bald ein weiterer Anstieg. Im November 1950 lagen die Ausgaben der Haushalte für Ernährung auf dem gleichen Niveau wie im Mai 1949 (111,9).

Wie gezeigt, versuchten die Preisbehörden weiterhin den Ausverkauf der HO-Läden zu verhindern, und achteten darauf, die Preise einzelner Güter nicht zu weit herabzusetzen. Im Notfall, wenn sich die Produktion doch anders entwickelte als erhofft, waren sie auch bereit, Preise nachträglich wieder anzuheben. Gleichzeitig aber rechnete die Wirtschaftsverwaltung auch stets mit den positiven Effekten solcher Maßnahmen für die Legitimität ihrer Politik. HO-Preissenkungen wurden darum lange im Vorfeld in der Presse angekündigt und nach ihrer Durchführung als wirtschaftlicher Erfolg gefeiert. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) beobachtete aufmerksam, wie die Bevölkerung auf solche Schritte reagierte. So konnten seine Mitarbeiter von nahezu rührenden Szenen berichten, bei denen einige Zeitungskäufer am Morgen des 25. Oktober 1953 Zeuge gewesen sein wollten. Diese berichteten, daß Personen, die die Sonderausgabe gekauft hatten, in der die Preissenkung für den folgenden Tag angekündigt wurde, „dermaßen begeistert waren, daß sie diese [die Zeitung] an sich drückten, als sei es ein persönliches Geschenk.“<sup>39</sup>

Gleichzeitig wurden aber auch kritische Stimmen erfaßt. So hätten einige bezweifelt, daß die Preise dauerhaft niedrig blieben; andere, wie etwa ein Pförtner aus Berlin, haben die Preissenkung als nicht ausreichend empfunden: „Wir verdienen nur 240 Mark und kaufen nur auf unsere Lebensmittelkarten ein. Die Preise wurden aber nur gesenkt für HO-Waren. Wir kaufen sowieso nicht in HO.“<sup>40</sup>

In dieser Aussage wird ein Moment deutlich, das die Freude – sowohl der DDR-Führung als auch der Bevölkerung – über die sich stabilisierende Versorgungslage und die sinkenden HO-Preise trübte. Denn wenn die Rationierung allmählich aufgegeben und das doppelte Preisniveau schrittweise vereinheitlicht werden sollte, bedeutete dies wohl, daß die Preise für die aus der Rationierung entlassenen Güter gegenüber den Kartenpreisen angehoben werden mußten.<sup>41</sup> Da zu der Zeit aber noch die meisten Haushalte große Teile ihres monatlichen Verbrauchs über die Zuteilungskarten deckten, mußte die Anhebung der Rationierungspreise den Lebensstandard der Bevölkerung zwangsläufig negativ beeinflussen. Aus diesem Grund gingen die Behörden bezüglich der Preise des Zuteilungssystems wesentlich skrupulöser vor als in bezug auf die der HO. Als im August 1949 zum ersten Mal darüber

39 Fernschreiben aus Dresden. Betreff: Stimmungsbericht über die HO-Preissenkung, 25.10.1953, BStU, MfS Zentralarchiv, Allg. S. 9/57, Band 11.

40 Abteilung XIII, Referat II: Betr. Diskussion über Preissenkung, 26.10.1953, BStU, MfS Zentralarchiv, Allg. S. 9/57, Band 11.

41 Nach offiziellen Angaben lagen die Preise für Kartenwaren im Jahr 1949 noch auf dem Niveau der Stop-Preise von 1944. Ein Vergleich einer entsprechenden internen Aufstellung der Finanzverwaltung vom September 1949 mit den entsprechenden Preisen im „Statistischen Handbuch von Deutschland“ (S. 467), das 1949 in der amerikanischen Zone erschien und statistische Reihen für die Jahre 1938–1944 versammelte, hat gezeigt, daß diese Behauptung für die meisten Nahrungs- und Genußmittel zutrifft, die Preise für Textilien und Schuhe sowie bei Gebrauchswaren jedoch 1949 wesentlich höher als 1944 lagen.

diskutiert wurde, die Kartenwirtschaft zu beenden, dominierte unter den damals zuständigen Leitern der Landespreisämter der SBZ die Ansicht, daß bei Grundnahrungsmitteln wie Brot oder Kartoffeln ein Preisanstieg unbedingt vermieden werden müsse, da ihr Anteil an den monatlichen Ausgaben besonders bei Personen mit niedrigem Einkommen hoch sei und diese damit überproportional benachteiligt würden. Es wurde sogar der Vorschlag gemacht, generell die Rationierung nur aufzuheben, wenn dies ohne höhere Preise möglich sei.<sup>42</sup> Andere hingegen mutmaßten, daß eine Anhebung der Preise bei gleichzeitiger Freigabe der Ware der Bevölkerung vielleicht plausibel gemacht werden könne, wenn sie offensiv und ehrlich vertreten werde.<sup>43</sup> In diesem Sinne bildete sich mit der Zeit ein spezifisches Legitimationsschema heraus, das begründen sollte, warum die Preise mit der Freigabe der Waren aus der Rationierung angehoben wurden: höhere Preise galten als zulässig, wenn gleichzeitig auch das Angebot der entsprechenden Ware vergrößert werden konnte. Anders als in der Marktwirtschaft, in der die Preise steigen, weil das Angebot knapp ist, sollte die Bevölkerung in der DDR für steigende Preise mit einem verbesserten Angebot „entschädigt“ werden. Eine erste praktische Umsetzung fand dieses Rechtfertigungskonstrukt im November 1949, als die Preise für alle Kartenwaren angehoben wurden, wodurch sich die Ausgaben für rationierte Waren je nach Kartengruppe und Wohnort um immerhin 14 bis 58 % erhöhten. Zum Ausgleich wurden einen Monat danach die auf Karte erhältlichen Mengen erhöht.<sup>44</sup> Wie oben bereits angeführt, scheint die Anhebung der Kartenpreise im November 1949 den kostensenkenden Effekt, der sich dadurch ergab, daß in den Monaten zuvor die HO-Preise stark herabgesetzt worden waren, neutralisiert zu haben. Im Vergleich zum Dezember 1948 (100) lagen die Ernährungskosten im März 1950 (122,8) knapp über dem Niveau von Juli 1949 (122,6).

Die Behörden waren also bereit, im Zweifelsfall auch eine Erhöhung der Kartenpreise vorzunehmen und deren negative Effekte auf die Lebenshaltung der breiten Massen und gerade der unteren Schichten hinzunehmen, wenn sie gleichzeitig meinten, die Versorgung quantitativ verbessern zu können.<sup>45</sup> Dies war zu dieser Zeit vor allem Sache der Landwirtschaft. Deren Produktion zu lenken und anzuregen war ein wichtiges Ziel in der Erzeugerpreispolitik<sup>46</sup> und daraus hätten sich auch zahlreiche Rückwirkungen auf die Verbraucherpreise ergeben. Um diese jedoch zu vermeiden und die Preise für Lebensmittel im Rationierungssystem stabil und niedrig zu halten, wurden die Erzeuger- von den Verbraucherpreisen zumeist durch Subventionen getrennt. Deren Zahlung war jedoch intern, bei den zuständigen Behörden, umstritten. Besonders die Finanzverwaltung warb entschieden dafür, die gezahlten Stützungsgelder zu reduzieren und statt dessen die Verbraucherpreise anzuheben. Als z.B. im September 1950 Kartoffeln aus der Rationierung freigegeben werden soll-

---

42 Landespreisamt Sachsen, Betr.: Haushaltsaufschläge bei Kartoffeln und Brot, 23.8.1949, BArch DN 7/2699.

43 Landespreisamt Sachsen: Bericht über die Tagung der Leiter der Landespreisämter am 13.10.1949 in Berlin, 15.10.1949, S. 2, BArch DN 7/2699.

44 Monatszusammenstellung der Mehrkosten beim Kauf von rationierten Lebensmitteln [Ende 1949], BArch DN 7/2100.

45 Insofern scheint das „leider“ in Mark Landsmans Aussage, daß die Rationierung „unfortunately for East German consumers“ nicht bereits 1950 aufgehoben wurde, angesichts der damaligen Versorgungslage wenig angebracht. Landsman, Dictatorship and Demand, S. 77.

46 Zur Agrarpreispolitik in dieser Phase: Schevardo, Vom Wert des Notwendigen, S. 82–87.

ten, bemühte sich die Wirtschaftsverwaltung, gleichzeitig die Stützungen abzuschaffen, die bis dahin die staatlichen Aufkauf- und Erfassungsbetriebe dafür erhalten hatten, daß sie Kartoffeln in großen Mengen einlagerten. Im Juni 1950 wurde darum ein so genannter Haushaltsaufschlag eingeführt, den die staatlichen Aufkaufbetriebe von ihren Abnehmern erhoben und der die genannten Stützungen ersetzen sollte.<sup>47</sup> Zusätzlich wurden im August 1950 die Erzeugerpreise für Kartoffeln mit dem Ziel modifiziert, den Einlagerungsaufwand weiter zu reduzieren. Die Preise waren nun zeitlich differenziert und sollten Anreize für die Lieferung von Kartoffeln auch außerhalb der Hochsaison bieten. Zudem beschlossen die Behörden, den Produzenten einen Preiszuschlag zu zahlen, wenn sie direkt an die Verkaufsstellen lieferten, so daß die Waren nicht von den Aufkaufbetrieben gelagert werden mußten.<sup>48</sup> Die Kartoffeln sollten also kontinuierlich und auch schneller bei den Verbrauchern ankommen, was als eine Verbesserung der Versorgungslage interpretiert wurde. Gemäß dem oben dargestellten Rechtfertigungsschema ließen sich damit auch höhere Verbraucherpreise begründen. Allerdings, so legte das Politbüro der SED selbst fest, sollten die Preise nicht auf einmal, sondern nach der Aufhebung der Rationierung in mehreren Schritten erhöht werden.<sup>49</sup> Aus den Haushaltsrechnungen geht jedoch hervor, daß die Verbraucherpreise für Kartoffeln bereits vor ihrer Freigabe aus der Rationierung im September 1950 anstiegen.<sup>50</sup> Hier wirkten sich sicher die Maßnahmen vom Juni und August des Jahres aus, mit denen die Subventionen schrittweise abgelöst werden sollten. Dadurch, daß die Preise bereits vor der Aufhebung der Karten kontinuierlich angehoben wurden, konnte der Anstieg danach in Grenzen gehalten bzw. kaschiert werden. Sehr ähnlich wurde auch bei Mühlen-erzeugnissen verfahren, die ebenfalls ab September 1950 frei zu kaufen waren.<sup>51</sup> Die geänderten Erzeugerpreise führten hier zwar nicht zu einem Anstieg der Verbraucherpreise für Mehl, doch gingen kurz danach die Einzelhandelspreise für Backwaren nach oben.<sup>52</sup>

Der Verbraucherpreisanstieg für Brot und Kartoffeln wurde also von der politischen Führung in Kauf genommen, obgleich diese Waren zum Grundbedarf gezählt wurden. Dieser war – trotz des von der politischen Führung allgemein formulierten sozialpolitischen Auftrags der Preispolitik – in concreto nicht sakrosankt. Da Brot und Kartoffeln aber für die Ernährung kaum entbehrlich waren, kauften die Konsumenten sie trotz der höheren Preise.

---

47 Entwurf, Veränderung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Jahre 1950, 30.1.1951, S. 3, BArch DN 1/2084.

48 Protokoll der Politbürositzung vom 8.8.1950, Anlage 10, SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2/103, Bl. 160.

49 Protokoll der Politbürositzung vom 28.8.1950, Anlage 4, SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2/106, Bl. 78.

50 Hatte im März der Preis je Kilo Kartoffeln im Zuteilungssystem für die vierköpfige Arbeiterfamilie mit mittlerem Einkommen 0,10 Mark betragen, stieg er bis Juni des Jahres auf 0,12 und im August auf 0,23 Mark. Ministerium für Planung, SZA, Abt. IV: Ergebnisse von Haushaltsrechnungen in der Deutschen Demokratischen Republik für Januar, Februar, März 1950, BArch DE 2/895; Ministerium für Planung, SZA, Abt. IV: Ergebnisse von Haushaltsrechnungen in der Deutschen Demokratischen Republik für Juni, Juli, August 1950, BArch DE 2/895.

51 Entwurf, Veränderung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Jahre 1950, 30.1.1951, S. 3, BArch DN 1/2084.

52 Laut Haushaltsrechnungen stiegen die Preise je Kilo für die Warengruppe „Brot und Kleingebäck“ bei Kartenwaren von August 1950 0,40 Mark, im September auf 0,45 Mark und im November auf 0,50 Mark. SZA, Abt. IV: Ergebnisse von Haushaltsrechnungen in der Deutschen Demokratischen Republik für Januar, Februar, März 1950, BArch DE 2/895; SZA, Abt. IV: Ergebnisse von Haushaltsrechnungen in der Deutschen Demokratischen Republik für Juni, Juli, August 1950, BArch DE 2/895.

So stieg der Pro-Kopf-Verbrauch für beide Fälle nach ihrer Freigabe aus der Rationierung deutlich an. Beide Nahrungsmittel waren damit die einzigen, von denen 1950 größere Mengen als 1936 konsumiert wurden.<sup>53</sup> Der Preisanstieg für Brot und Kartoffeln scheint auch die Ernährungskosten der Haushalte beeinflusst zu haben, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1950 wieder zunahmen. Im Vergleich zum Dezember 1948 (100) stiegen sie zwischen Juli (108,2) und November 1950 (111,8) deutlich an.

Die Bevölkerung ihrerseits war bereit, höhere Preise hinzunehmen, so lange sie den Ein- druck hatte, daß sich das Angebot verbesserte. Dies jedoch war im Frühjahr 1953 nicht mehr der Fall. Denn seit der zweiten Jahreshälfte 1952 hatte sich die Versorgungssituation erheb- lich verschlechtert. Die Bevölkerung erlebte, wie sich ihr Lebensstandard, der seit 1947 kontinuierlich gestiegen war, erneut verschlechterte.<sup>54</sup> Als die Regierung schließlich noch weitere soziale Einschnitte wie Preiserhöhungen vornahm und die Arbeitsnormen anhob, brachen Unruhen aus.<sup>55</sup>

### 3. Die Sorge um stabile Preise: 1953–1958

Bereits im Juli 1952 hatte die SED-Führung das Ziel proklamiert, in der DDR rasch den Sozialismus aufbauen zu wollen. Für die Preispolitik ergab sich daraus die Forderung, sie enger als bis dahin in den Kontext einer planmäßigen und systematischen Wirtschaftsfüh- rung einzugliedern. In diesem Sinne wurden auch die in der DDR im Februar 1953 vom Ministerrat verabschiedeten „Grundsätze der Preispolitik“ verstanden,<sup>56</sup> in denen Wege und Ziele der Preisbildung systematisch und langfristig festgelegt wurden. Die theoretischen und praktischen Prämissen der bis dahin verfolgten Preisarbeit – eine zentrale Stelle sollte in der Lage sein, ex ante Preise zu bilden, die sparsames Wirtschaften der Betriebe und eine ge- rechte Verteilung der Waren unter der Bevölkerung gewährleisteten – blieben bestehen, zusätzlich wurde nun ihr systematischer und einheitlicher Charakter hervorgehoben. Aus diesem Grund wurde in der hier betrachteten Phase auch die Staatliche Plankommission als preispolitischer Akteur bedeutender. Sie hatte die Aufgabe, die den Preisen zugeordneten Funktionen untereinander und mit der gesamten Wirtschaftspolitik in Einklang zu bringen.<sup>57</sup>

Das wichtigste Vorhaben in der Preispolitik nach den „Grundsätzen“ war der Aufbau ei- nes Systems fester Preise in der Industrie. Grundlage ihrer Bildung stellten nach wie vor die Produktionskosten der Betriebe dar, die seit Oktober 1952 mittels eines neuen Systems der

---

53 Laut amtlichen Angaben betrug er bei Mehl aus Brotgetreide im Vergleich zu 1936 116,4 %, bei Kar- toffeln 128,4 %. Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch 1955, S. 103.

54 Hübner, Konsens, Konflikt, Kompromiß, S. 149.

55 Dieser Zusammenhang ist natürlich sehr verkürzt. Ausführliche Darstellungen bieten Christoph Buch- heim, Wirtschaftliche Hintergründe des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR, in: Viertel- jahrshefte für Zeitgeschichte 38, 1990, S. 415–433; einen Überblick bietet auch: Burghard Ciesla, (Hg.), Freiheit wollen wir! Der 17. Juni 1953 in Brandenburg. Dokumentenedition, Berlin 2003, Einlei- tung.

56 Grundsätze der Preispolitik [o.A., ca. Februar 1953], S. 10, BArch DE 1/12114.

57 Beschluß über organisatorische Maßnahmen zur Durchführung der Grundsätze der Preispolitik, 16.4.1953, S. 3, BArch DN 7/737.

betrieblichen Rechnungsführung ermittelt worden waren.<sup>58</sup> Mit diesen Informationen wurden für die einzelnen Zweige durchschnittliche Kosten berechnet, die als vermeintlich praktische Adaption der Marx'schen Wertlehre in die Preisbildung als „gesellschaftlich notwendiger“ Aufwand eingingen. Dieser war weiterhin stark normiert und die so gebildeten Preise zeigten den Betrieben an, welche Kosten ihnen unter den Bedingungen eines plangemäßen Produktionsablaufs entstehen dürften.<sup>59</sup> Dadurch sollten sie zu weiterer Kostensenkung veranlaßt werden; gleichzeitig war vorgesehen, die Subventionen nach und nach abzubauen. Als weitere Preiselemente kamen in der Kalkulation der den Betrieben eingeräumte Gewinn sowie eine Abgabe an den Staatshaushalt hinzu. Wenn ein gegebenes Gut auch in den Handel kam, wurde auf den Betriebspreis eine Handelsspanne aufgeschlagen. Der Verbraucher zahlte für die entsprechende Ware schließlich den Einzelhandelsverkaufspreis (EVP). Da sich jedoch in der Praxis bald zeigte, daß die Bildung einheitlicher Festpreise für alle Güter wesentlich länger dauerte als vorgesehen, wurde erst im Jahre 1957 damit begonnen, solche Preise für Konsumgüter zu bilden. Bis dahin gab es noch eine ganze Reihe von Preisformen, die als Teil- oder Übergangslösungen galten.

Die 1953 formulierten Ziele in der Preispolitik bezogen sich überwiegend auf die Produktion. Über die Erzeugerpreise sollten die Betriebe veranlaßt werden, Kooperationsbeziehungen aufzunehmen, bestimmte Materialien zu verwenden bzw. mit ihnen besonders sparsam umzugehen oder die benötigten Produkte herzustellen. Für die Verbraucherpreise hingegen gab es zunächst weitaus weniger detaillierte Konzepte. Nach wie vor sollten sie die Nachfrage an das Angebot anpassen und dabei möglichst stabil und niedrig sein; mit dem weiteren Zurückdrängen der Rationierung galt es zudem als wichtiger, daß die Preise in der ganzen DDR und auch für ähnliche Güter einheitlich waren, damit es nicht zu zusätzlichen ungeplanten Nachfrageverschiebungen kam.

Waren diese Leitlinien bis dahin nicht sehr konsequent verfolgt worden, sollten sie nach den Unruhen vom 17. Juni 1953 strikt eingehalten werden. Die Regierung machte die Anhebung der HO-Preise, die die Aufstände mit verursacht hatten, rückgängig<sup>60</sup> und setzte auch in den folgenden Monaten die Preise der staatlichen Läden für viele weitere Waren herunter.<sup>61</sup> Zudem wurden im zweiten Halbjahr 1953 für eine ganze Reihe von Berufsgruppen die Löhne angehoben und die Steuern gesenkt.<sup>62</sup> Wenn aber nicht nur die Kaufkraft, sondern auch der Lebensstandard der DDR-Bevölkerung dauerhaft steigen sollte, mußte ein entsprechendes Angebot an Konsumgütern bereitgestellt werden. Dies war auch eins der zentralen Anliegen des „Neuen Kurses“.<sup>63</sup> Jedoch läßt sich an Hand der Investitionsflüsse zeigen, daß

---

58 Ulrich Freyn, *Zum Problem der Wirtschaftsrechnung und der dynamischen Preisbildung in sozialistischen Planwirtschaften. Offene Fragen der intertemporalen Opportunitätskostenkalkulation*, Marburg 1985, S. 4.

59 Hans Langer u. a., *Preispolitik und Preisbildung in der DDR*, Berlin (Ost) 1960, S. 75.

60 Zum Ministerratsbeschuß über die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung seit dem 11.6.1953, BArch DE 1/12766, Bl. 20. Katherine Pence schreibt, bei den Demonstrationen sei eine 40 %ige Senkung der HO-Preise gefordert worden. Katherine Pence, ‚You as a woman will understand‘: Consumption, Gender and the Relationship between State and Citizenry in the GDR's Crisis of 17 June 1953, in: *German History* Vol. 19, No. 2/2001, S. 229.

61 Ministerratsbeschuß vom 4.8.1953, BArch DE 1/12766, Bl. 24.

62 Hübner, *Konsens, Konflikt, Kompromiß*, S. 151.

63 Auch in einem zeitgenössischen wirtschaftswissenschaftlichen Artikel wird explizit die Hoffnung formuliert, mit dem „Neuem Kurs“ möge es gelingen, die bisherige Unstimmigkeit zwischen Kauf- und

es sich dabei nur um einen kurzzeitigen Wechsel der industriepolitischen Prioritäten handelte, der bald schon wieder rückgängig gemacht wurde.<sup>64</sup> De facto kehrte die politische Führung der DDR bereits im Herbst des Jahres 1953 zur alten Linie zurück, nach der die Konsumgüterproduktion nur auf der Basis einer entwickelten Investitionsgüterindustrie gesteigert werden sollte. Dazu paßte der zeitgleich propagierte Wettbewerbslogan: „So wie wir Werktätigen heute arbeiten, werden wir morgen leben.“<sup>65</sup> Das der Bevölkerung gegebene Konsumversprechen sollte also erst später und auch nur unter Bedingungen erfüllt werden. Zwar wurden die Ziele des „Neuen Kurses“ nicht offiziell revidiert, doch de facto erhielten die Hersteller von Konsumgütern keine zusätzlichen Mittel. Statt dessen sollten die Produktion organisatorisch verbessert und der Leistungswille der Arbeiter gestärkt werden.<sup>66</sup>

So blieb von den, aus den Ereignissen des 17. Juni gezogenen Lehren nur eine nachhaltige: Ab diesem Zeitpunkt waren Maßnahmen ein Tabu, die offensichtlich und direkt den Lebensstandard der Menschen in der DDR verschlechterten. Besondere Aufmerksamkeit galt ab da den Verbraucherpreisen, die als augenfälligster Maßstab für den Lebensstandard der breiten Bevölkerung und somit auch als Parameter des Vergleichs zu Westdeutschland angesehen wurden.<sup>67</sup> Nun wurde verbindlich festgelegt, daß die Verbraucherpreise auf keinen Fall mehr steigen, sondern im Gegenteil kontinuierlich sinken sollten.<sup>68</sup>

Daß diese Politik erfolgreich umgesetzt wurde, bestätigen auch die amtlichen Angaben der DDR-Statistik,<sup>69</sup> die für den hier betrachteten Zeitraum stark sinkende Verbraucherpreise ausweisen. Demnach hätten sich die Lebenshaltungskosten der vierköpfigen Familien zwischen 1950 und 1955 nahezu halbiert. Diese Angaben können nun an Hand eines alter-

---

Warenfonds ohne Preiserhöhung, nur von seiten des Angebotes auszugleichen. Manfred Schubert, Über einige Probleme der Planung der Einzelhandelspreise, in: *Wirtschaftswissenschaft* 2, 1953, S. 149–160, hier 156.

64 Buchheim, *Wirtschaftliche Hintergründe*, S. 431f.

65 Hübner, *Konsens, Konflikt, Kompromiß*, S. 152.

66 Eindringliche Appelle an die Arbeiter, die Produktivität zu erhöhen, wurden erneut verbunden mit dem Versprechen auf zukünftigen Konsum. Zur vermeintlichen, psychologischen Dimension dieser Aufrufe: Ina Merkel, *Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR*, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 124.

67 Zumindest so lange die Einkommen in beiden Teilen Deutschlands auf ähnlichem Niveau lagen. Steiner, *Von Plan zu Plan*, S. 109.

68 Schubert, *Probleme der Planung der Einzelhandelspreise*, S. 156. Dabei handelte es sich um die Formulierung eines politischen *Willens*, während in der Propaganda oftmals der Eindruck vermittelt wurde, diese Ziele seien schon erfüllt. Allerdings erweckt auch Hermann Webers, auf die Mitte der fünfziger Jahre bezogene Formulierung: „Zudem gab es ständig Preiserhöhungen [...]“ (Hermann Weber, *Geschichte der DDR*, München <sup>2</sup>1986, S. 262) den etwas fälschlichen Eindruck, die politische Führung habe Preise in großem Umfang und öfters angehoben. Tatsächlich jedoch waren, wie noch gezeigt werden wird, Preisanhebungen bis zum Ende der fünfziger Jahre stets sehr umstritten und gingen auf die Initiative einzelner Akteure zurück, die dafür stets kritisiert wurden.

69 1955 wurde erstmals ein Statistisches Jahrbuch der DDR publiziert, das einen Index für die Kosten der Lebenshaltung eines vierköpfigen Haushalts mit mittlerem Einkommen auf Preisbasis 1950 und Verbrauchsbasis 1955 enthält. Die gleichen Angaben sind auch in den Jahrbüchern 1956 und 1957 publiziert. Hier zitiert nach: *Statistisches Jahrbuch 1957*, S. 217.



nativen Index geprüft werden,<sup>70</sup> der auf der Grundlage der Haushaltsrechnungen für die Bedarfsgruppe Nahrung berechnet wurde.<sup>71</sup>

Demzufolge sanken die Ernährungskosten wesentlich gemäßigter als dies der amtliche Index für diese Bedarfsgruppe ausweist, wobei der größte „Sprung“ auch zwischen 1950 und 1955 liegt (1950: 100, 1955: 91,2). Hingegen verzeichnet dieser Index für die Jahre 1956 (93,8) und 1957 (94,5) erneut einen Anstieg der Ernährungskosten, was gemäß den Angaben der Haushalte vor allem auf höhere Einzelhandelspreise für Fleisch- und Zuckerwaren zurückging. Dennoch zeigt sich die Preisentwicklung für den Bereich Ernährung relativ stabil. Jedoch muß bemerkt werden, daß in der hier betrachteten Phase diese Bedarfsgruppe immer weniger der Bereich war, an dem die Bevölkerung die Qualität ihres Lebensstandards maß. In diesem Sinne waren industrielle Konsumgüter viel wichtiger. Doch während sich die preispolitischen Versprechen, die die DDR-Führung der Bevölkerung gab, für Lebensmittel annähernd erfüllen ließen, erwies sich dies in bezug auf Industriewaren als wesentlich schwieriger. Ironischerweise waren es unter anderen Gründen auch die mit der Verbraucherpreispolitik formulierten sozialpolitischen Intentionen der politischen Führung, die sich negativ auf die Produktion der gewünschten Industriewaren auswirkten.

Die Konsumgüterproduktion sollte laut eines Beschlusses vom Ende des Jahres 1953 zwar ansteigen, doch zusätzliche Inputs waren für diesen Bereich nicht vorgesehen. Daraus resultierte unweigerlich, daß die Betriebe mehr produzieren sollten, indem sie eigene, bis dahin ungenutzte Kapazitäten und Ressourcen erschlossen.<sup>72</sup> Um diese Produktion mit so genannten inneren bzw. auch örtlichen Reserven anzuregen, wurden den Betrieben preisliche Vorteile eingeräumt. Da zu dieser Zeit für Konsumgüter noch keine Festpreise gebildet

70 In der Forschung wird eine ganze Reihe von Gründen angeführt, warum die amtlichen Statistiken sozialistischer Staaten die Preisentwicklung vermutlich nicht so auswiesen, wie sie tatsächlich war, d.h. Inflation verdeckt wurde. Diese Vorwürfe habe ich am Beispiel der Statistikbehörde der DDR und ihrer Arbeit am Lebenshaltungskostenindex eingehend geprüft. Schevardo, Vom Wert des Notwendigen, S. 246–266.

71 Die Neuberechnung basiert auf demselben Mengenschema wie es den amtlichen Indizes zugrunde lag und das in den Akten der DDR-Statistikbehörde gefunden wurde. Für 1955 liegen Jahresergebnisse der Haushaltsrechnungen zusammen mit einem Bericht vor, der die Ergebnisse der ersten sechs Monate des Jahres 1956 enthält. Entwicklungskarteien, Statistik der Haushaltsrechnungen, VE-Industrie, Monatsdurchschnitt der 6 Befragungs-Monate 1956, BArch DE 1 St./281. Für 1957 sind mehrere Monatsberichte überliefert; hier wurden die Angaben für den Monat März ausgewertet. SZS: Ergebnistabellen DDR (einschließlich Demokrat. Sektor von Groß-Berlin), Statistik der Wirtschaftsrechnungen, 4-Personen-Haushalte von Arbeitern der VE Industrie. Monate Januar und März 1957, BArch DE 1 St. /409; SZS: Ergebnistabellen DDR (einschließlich Demokrat. Sektor von Groß-Berlin), Statistik der Wirtschaftsrechnungen, 4-Personen-Haushalte von Arbeitern der VE Industrie. Monate Januar und März 1957.

72 Beschluß des Präsidiums des Ministerrates vom 9.6.1954 wegen der ungenügend gebliebenen Erfüllung der am 17.12.1953 gestellten Aufgaben, BArch DE 1/12767, Bl. 95. Daß solche Reserven in größerem Maße vorhanden seien, vermuteten die Wirtschaftsplaner wohl nicht zuletzt, weil sie sich der Mängel ihrer Verteilungspolitik bewußt waren. Andererseits war es einer dieser Mängel, daß die intendierte Aufdeckung und Umverteilung der Material- und Rohstoffreserven im Gegensatz zum Eigeninteresse der Betriebe standen. Darauf macht auch Christian Heimann im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Rechnungsführung aufmerksam. Christian Heimann, Systembedingte Ursachen des Niedergangs der DDR. Das Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie 1945–1989, Frankfurt am Main u.a. 1997, S. 45.

wurden, waren flexible Regelungen möglich. Darum wurde im Juni 1954 festgelegt, den Betrieben Preise zu berechnen, die ihre tatsächlichen Kosten vollständig deckten.<sup>73</sup> Zudem wurde ihnen mit 6 % eine deutlich über dem Durchschnitt liegende Gewinnrate zugebilligt.<sup>74</sup>

Trotz der höheren Erzeugerpreise sollten aber auch für die „Massenbedarfsgüter bei Ausnutzung örtlicher und innerer Reserven“ die Verbraucherpreise grundsätzlich nicht ansteigen. In der entsprechenden Preisverordnung waren darum zwei Möglichkeiten vorgesehen, die angehobenen Erzeugerpreise bis zu den privaten Konsumenten auszugleichen. Erstens konnte versucht werden, den Kostenanteil des Handels am Preis zu reduzieren. Dafür sollte entweder der Handelsweg der Ware verkürzt werden, indem die Produktionsbetriebe direkt an den Einzelhandel lieferten, oder bestimmte Einzelhändler sollten sich vertraglich verpflichten, nur reduzierte Handelsspannen für sich zu beanspruchen.<sup>75</sup> Die Verantwortlichen gingen offensichtlich davon aus, die Handelsbetriebe würden eine solche, für sie nachteilige Lösung akzeptieren, weil das Warenangebot zu der Zeit immer noch lückenhaft war und die Anbieter darum in der günstigen Situation waren, die näheren Konditionen der Warenlieferung bestimmen zu können. Wenn ein Händler es ablehnte, die angebotenen Produkte abzunehmen, dann fand sich eben ein anderer.<sup>76</sup>

Der zweite Weg, die höheren Erzeugerpreise bis zu den Endverbraucherpreisen auszugleichen, bestand darin, die von den Betrieben zu leistenden Abgaben zu kürzen. Das war organisatorisch einfach, weil die Preise für die hier behandelten Massenbedarfsgüter als Einzelpreise gebildet wurden. Die zuständige Behörde hatte in diesem Fall die Abgabensätze jeweils so festzusetzen, daß der Abgabepreis des entsprechenden Produktes das Niveau der normalen, nicht auf Reserven-Basis produzierten Konsumgüter nicht überschritt. Im Notfall sollten die Betriebe auch Stützungen erhalten.<sup>77</sup> Auf Grund dieser Regelung drohten dem Staatshaushalt ein hoher Einnahmenausfall bzw. zusätzliche Ausgaben für Subventionen. Finanzminister Rumpf setzte sich darum von Anfang an dagegen ein und plädierte entschieden dafür, die Verbraucherpreise, wenn überhaupt, niedrig zu halten, indem die Handelswege verkürzt würden.<sup>78</sup> Es scheint als sei in der Folgezeit tatsächlich der von Rumpf empfohlene Weg sehr viel häufiger eingeschlagen worden, wohingegen die Abgaben aus der Produktion nur selten gekürzt wurden. Daraus resultierte jedoch, daß die Instanz, die die größte Nähe zu den Verbrauchern hatte und damit am ehesten in der Lage gewesen wä-

---

73 MdF: Anlage zum Sammelrundsreiben Nr. 18, Erläuterung der PVO Nr. 350 vom 10.3.1954; Verordnung über die Preisbildung für Erzeugnisse des Massenbedarfs, 10.6.1954, BArch DE 1/9179.

74 MdF: Richtlinien über die Preisbildung zur Förderung der Produktion von Massenbedarfsgütern bei Ausnutzung örtlicher und innerer Reserven, 17.12.1953, BArch DE 1/9179.

75 MdF: Arbeitsrichtlinie zur Preisverordnung Nr. 350 vom 18.3.1954. Verordnung über die Preisbildung für Erzeugnisse des Massenbedarfs, 10.3.1954, BArch DN 1/3501, Bl. 5.

76 Mark Landsman, The Consumer Supply Lobby – Did it exist? State and Consumption in East Germany in the 1950s, in: *Central European History* 35, 2002, S. 477–512, hier 500.

77 MdF, HA Preise: Arbeitsrichtlinie für die Preisbildung nach Abschnitt II der PVO Nr. 350 vom 10.3.1954; VO über die Preisbildung für Erzeugnisse des Massenbedarfs in Verbindung mit der Einführung der Produktionsabgabe in der volkseigenen Industrie ab 1.1.1955, 27.12.1954, S. 2, BArch DE 1/9179.

78 MdF: Richtlinien über die Preisbildung zur Förderung der Produktion von Massenbedarfsgütern bei Ausnutzung örtlicher und innerer Reserven, 17.12.1953, BArch DN 1/3501, Bl. 3.

re, Informationen über den Bedarf zu sammeln – der Handel – gezielt geschwächt und preispolitisch benachteiligt wurde.

Neben diesen negativen Effekten der Verbraucherpreispolitik auf die Handelsbetriebe nahm die Wirtschaftsverwaltung weiterhin in Kauf, daß der aus den genannten Preisregelungen für Massenbedarfsgüter resultierende Anreiz für die Produzenten eher gering blieb und der entsprechende Output rasch stagnierte. Auch in der Folge wurde die Produktion von Konsumgütern finanziell kaum unterstützt;<sup>79</sup> statt dessen erhielt die gesamte volkseigene Industrie im Mai 1954 die Auflage, zusätzlich zu ihrem normalen Fertigungssortiment Massenbedarfsgüter im Wert von einer Milliarde zu produzieren. Der Großteil der Betriebe war jedoch strukturell nicht in der Lage, qualitativ akzeptable Konsumgüter herzustellen.<sup>80</sup> Offensichtlich stand die politische Führung der DDR der schwachen Entwicklung des Warenangebotes für die Bevölkerung eher gleichgültig gegenüber. Im Januar 1955 stellte das Finanzministerium fest, die im „Neuen Kurs“ enthaltene Forderung, die Konsumgüterproduktion zu steigern, habe niemals am Primat der Produktionsmittelindustrie gerüttelt.<sup>81</sup>

Die Aufgabe, Industriewaren herzustellen, mit denen die Bevölkerung zufrieden war, wurde zusätzlich dadurch erschwert, daß deren Bedürfnisse sich in den fünfziger Jahren deutlich wandelten. Bereits zur Mitte des Jahrzehntes hatten die Bewohner Ostdeutschlands eine prosperierende Konsumgesellschaft als Nachbarn und sie orientierte ihre Wünsche an deren Standards.<sup>82</sup> Auch in der DDR stieg die Nachfrage nach Waren, die von besserer Qualität oder modisch bzw. auf einem aktuellen technischen Stand waren.<sup>83</sup> Dies entsprach jedoch kaum dem vorhandenen Angebot. Die Produktion auch dieser Güter litt unter der starren Verbraucherpreispolitik der DDR-Führung.<sup>84</sup>

---

79 Von der Lebensmittelindustrie waren für das Jahr 1954 275 Mio. Mark als Investitionsmittel beantragt worden, von denen nur 193 Mio. Mark bewilligt wurden, den Vorschlag der Leichtindustrie von 394 Mio. kürzte die SPK auf 145 Mio. Mark. Landsman, *Dictatorship and Demand*, S. 126f.

80 Siehe dazu z.B. den Bericht der Hauptverwaltung für Maschinen-Traktoren-Stationen im Landwirtschaftsministerium, die ebenfalls verpflichtet wurde und darauf hinwies, daß ihre Betriebe auf Reparaturen und nicht etwa Neuproduktion spezialisiert seien. MLF: Vorlage für die Kollegiumssitzung am 10.6.1955; Betr.: Fertigung von Massenbedarfsartikeln, BArch DK 1/265, Bl. 36/37. Weitere Beispiele Merkel, *Utopie und Bedürfnis*, S. 124.

81 MdF, HA Preise: Richtlinien für die Preisbildung für Massenbedarfsgüter in der volkseigenen Wirtschaft, 31.1.1955, BArch DE 1/9179.

82 Jörg Roesler, *Privater Konsum in Ostdeutschland, 1950–1960*, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek, *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993, S. 290–306, hier 301.

83 Landsman, *Consumer supply lobby*, S. 502f. Der Wandel zeigte sich nicht nur im Güterbedarf, sondern auch im Freizeitbereich. Z.B. stieg die Nachfrage nach FDGB-Urlaubsreisen. Burghard Ciesla, *Zwischen den Krisen. Sozialer Wandel, ökonomische Rahmenbedingungen und Lebenslage in der DDR 1953–1956*, in: Jan Foitzik, *Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956: vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand; politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen*, Paderborn u.a. 2001, S. 271–291, hier 287.

84 Natürlich gibt es für die Innovationsträgheit der DDR-Wirtschaft noch andere Ursachen, z.B. Probleme, die mit der konkreten Situation der Industrie in der DDR bis zur Mitte der fünfziger Jahre zusammenhängen (zum schlechten Zustand der Produktionsanlagen Wolfgang Mühlfriedel, *Zur technischen Entwicklung in der Industrie der DDR in den 50er Jahren*, in: Schildt/Sywottek, *Modernisierung im Wiederaufbau*, S. 155–169, hier 163), die gestörten Außenhandelsbeziehungen (Christoph Buchheim, *Wirtschaftliche Folgen der Integration der DDR in den RGW*, in: ders. (Hg.), *Wirtschaftliche Folgen des Krieges in der SBZ/DDR*, Baden-Baden 1995, S. 341–361) oder systembedingte Ursachen (Ja-

Die Vorgabe, daß die Verbraucherpreise einheitlich und niedrig sein sollten, galt auch für solche Erzeugnisse, die in Ausführung, Material oder Design über dem Standard lagen. Qualität und Innovation sollten der modernen – das hieß für die DDR-Führung: sozialistischen – Produktion inhärent sein. Die Produkte würden demnach kontinuierlich besser und moderner werden, ohne daß den Betrieben dadurch höhere Kosten entstünden, d.h. also auch ohne daß die Erzeugerpreise angehoben werden müßten. Zwar wurden die Produkte in Güteklassen eingeteilt, doch diese unterschieden sich preislich nur soweit, daß bei Waren schlechterer Qualität die normalen Preise deutlich abgewertet, bessere Erzeugnisse aber unwesentlich höher bewertet wurden. Diese Klassifizierung zielte also weniger darauf, Produzenten zu belohnen, wenn sie sich um bessere Qualität bemühten, sondern eher, sie zu bestrafen, wenn sie dies unterließen.<sup>85</sup> Auch in der Festpreisbildung, der ein gewisser Produktstandard zugrunde lag, wurden Güteunterschiede kaum berücksichtigt.<sup>86</sup>

Tatsächlich gab es aber eine Fülle von Ursachen für ungeplante Qualitätsunterschiede in der DDR-Produktion. Sie resultierten vor allem aus der diskontinuierlichen Versorgung mit Rohstoffen und Halbfabrikaten. Besonders ausgeprägt war dieses Phänomen in der Textilherzeugung. Im ersten Fünfjahrplan war für diese Branche das Ziel formuliert worden, in der Produktion zunehmend moderne, d.h. primär synthetische Materialien einzusetzen.<sup>87</sup> Die Betriebe mußten damit aber auch neue Verarbeitungsmethoden einführen und teilweise höhere Rohstoffpreise zahlen. Aus diesen Gründen stiegen ihre Produktionskosten oftmals an, doch wurde dies in der Preiskalkulation nicht berücksichtigt, weshalb eine ganze Reihe von Betrieben Preisstützungen beantragte. Dagegen erhob aber der Finanzminister Einspruch. Er setzte punktuell durch, daß die Preise, die die Betriebe für ihre Produkte erhielten, die gestiegenen Materialkosten deckten und daß sich die Erhöhung auch auf die Verbraucherpreise auswirkte, d.h. diese nicht durch Abgabekürzung bzw. Subventionen niedrig gehalten wurden. Zudem legte die Finanzbehörde fest, daß die höheren Preise auch dann galten, wenn bei dem gleichen Produkt für eine kurze Zeit, etwa auf Grund von kurzzeitigen Versorgungsengpässen, billigere Materialien eingesetzt wurden. Damit sollte verhindert werden, daß die Verbraucherpreise schwankten. Dies erregte den Unwillen der Staatlichen Plankommission; sie kritisierte zum einen sehr scharf das eigenmächtige Vorgehen Rumpfs, das die angestrebte Einheitlichkeit in der Preispolitik durcheinanderbrachte, zum anderen monierte sie, daß die Betriebe durch solche Preise nicht zur Senkung ihrer Kosten angehalten wurden. Die Planbehörde nannte eine Reihe von Beispielen, in denen eine solche Festlegung des Finanzministers dazu geführt habe, daß die Betriebe letztlich nur noch die billigeren, traditionellen Materialien verarbeiteten und nicht mehr die teuren, neuen

---

nos Kornai, *Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus*, Baden-Baden, 1995, S. 349).

85 MfF/SPK: Richtlinien über die Differenzierung der Preise nach der Qualität, 16.5.1955, BArch DE 1/9179.

86 Vorlage für die Staatliche Plankommission. Maßnahmenplan zur Lösung von Grundsatzproblemen auf dem Preisgebiet, 20.11.1958, SAPMO-BArch DY 30 IV 2/608/70, Bl. 150.

87 Die Verarbeitung solcher Materialien bereitete den Betrieben erhebliche Probleme. Jörg Roesler, *Ausgangsbedingungen und Entwicklung der Textilindustrie beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR (bis 1960)*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1988, Sonderband, S. 71–104, hier 88.

Rohstoffe, für die die Preiserhöhung eigentlich konzipiert gewesen war. Dadurch hatten die Betriebe höhere Gewinne, obgleich die Qualität ihrer Produkte nachließ.<sup>88</sup>

Ähnlich problematisch gestaltete sich die Preispolitik bei Erzeugnissen, die technisch weiter entwickelt wurden. Im zweiten Fünfjahrplan sollten Wissenschaft und Technik stärker gefördert und für die Produktion in der DDR nutzbar gemacht werden.<sup>89</sup> Doch auch für solche Fortschritt repräsentierenden Güter sollten die Verbraucher nicht mehr zahlen müssen. Wenn es den Betrieben nicht gelang, die geforderten Innovationen im Rahmen ihres normalen Produktionsaufwandes hervorzubringen, konnten sie zwar entsprechende Kredite in Anspruch nehmen, doch deren Tilgungsraten durften sie nur in Ausnahmefällen in die Preisbildung einbeziehen.<sup>90</sup>

Diese preispolitischen Nachteile versuchten die Betriebe zu umgehen, indem sie ihre Produkte als sogenannte Neuheiten ausgaben. Für solche Erzeugnisse war eine preisliche Sonderregelung vorgesehen: hier wurden Preise einzeln kalkuliert und dabei die jeweiligen betriebsindividuellen Kosten sowie ein erhöhter Gewinnsatz berücksichtigt.<sup>91</sup> Sehr rasch nahm die Zahl der Anträge der Betriebe auf diese Einzelpreise zu. Das erregte wiederum den Argwohn der Planbehörde, die darauf hinwies, daß die Betriebe Produkte als „neu“ deklarierten, die oftmals nur leicht verändert waren. Sie monierte zum einen, daß die Betriebe sich auf diese Weise dem mit den Preisen intendierten Druck zur Kostensenkung entzogen, zum anderen daß die Gefahr bestand, solche höheren Erzeugerpreise könnten sich auch auf die Verbraucher auswirken. Darum wurde im März 1955 beschlossen, für Neuheiten Einzelpreise nur noch zu kalkulieren, wenn es auf dem Markt nicht bereits eine vergleichbare Ware gab.<sup>92</sup> In diesem Fall mußte der Preis für das Neuprodukt in Relation zu dem ähnlichen, bereits angebotenen Erzeugnis gebildet werden. Die anzuwendenden Vergleichsparameter legten Vertreter der zuständigen Behörden fest, die auf dieser Basis den Gebrauchswert der Ware einstufen und einen entsprechenden Preis festlegten. Dadurch sollte möglichst jeglicher Preisanstieg verhindert werden. Doch gab es von Anfang an auch kritische Stimmen, die darauf hinwiesen, daß die nachträgliche und subjektive Einschätzung des Wertes der fertigen Ware im Widerspruch zur Essenz sozialistischer Preisbildung stand, nämlich der objektiven Bestimmung des Wertes anhand seines Produktionsaufwandes. Zusätzlich rückten nach und nach wirtschaftspraktische Argumente gegen diese Art der Preisbildung in den Vordergrund. Da die tatsächlichen Herstellungskosten des neuen Produktes unberücksichtigt blieben und an Hand eines alten Gutes eingeschätzt wurden, scheinen sie

---

88 Solche Fälle kamen besonders in der Textilerzeugung vor, (HA Kontrolle und Revision: Bericht über die Untersuchung der Ursachen der „schleichenden Preiserhöhungen“ bei Trikotagen, 3.1.1958, BArch DE 1/9182), sowie in der Lebensmittelindustrie, in der die Bindung der Preise an bestimmte Standards dadurch erschwert war, daß es bis 1958 keine einheitlichen Rezepte gab. MdF: Bericht über die durchgeführten Untersuchungen betr. „schleichende Preiserhöhungen“ in der Süßwarenindustrie, 7.2.1958, S. 5, BArch DN 1/364.

89 Auf der 3. Parteikonferenz im März 1956 erklärte Ulbricht, daß der Fünfjahrplan mit einer „neuen industriellen Umwälzung“ zu beginnen sei. Mühlfriedel, Zur technischen Entwicklung, S. 155.

90 Büro der Regierungskommission: Protokoll, Arbeitsberatung über die Kalkulation von Tilgungsraten für Rationalisierungskredite am 28.11.1957, 30.11.1957, BArch DN 7/2709.

91 Bericht der Regierungskommission für Preise über ihre Arbeit bis Ende 1957, BArch DN 7/2663, Bl. 18.

92 MdF, HA Preise: Erläuterungen zur Preisanordnung Nr. 430. Behandlung der Sätze der Produktionsabgabe in der Preiskalkulation der volkseigenen Wirtschaft, 23.12.1955, BArch DN 7/2676, Bl. 2.

tendenziell zu gering veranschlagt worden zu sein. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre galt dies zunehmend als Ursache dafür, daß die gewünschten Erzeugnisse nicht in den benötigten Mengen hergestellt wurden.

Die geringe Qualität und Modernität der DDR-Produkte führte dazu, daß die Teile der DDR-Bevölkerung, die zu dieser Zeit noch die Möglichkeit dazu hatten, im Westen einkaufen gingen.<sup>93</sup> Zwar war dies der DDR-Führung bekannt,<sup>94</sup> doch gab es hier nur einzelne, die die Brisanz dieses Umstandes erkannten und ihn auf die Agenda setzen wollten. Zu ihnen gehörte Fred Oelßner,<sup>95</sup> der 1956 nicht nur die schlechte Qualität der ostdeutschen Textilproduktion beklagte,<sup>96</sup> sondern im selben Jahr noch darauf hinwies, daß das Preisniveau für Industriewaren in der DDR wesentlich über dem Westdeutschlands lag.<sup>97</sup>

Dieser Aspekt führt zu einem weiteren Problem, das die Versorgungssituation der DDR in den fünfziger Jahren durchgehend belastete. Neben dem bis hierhin immer wieder erwähnten Mangel an Waren gab es zugleich große Warenbestände, die sich unverkäuflich in den Geschäften und Lagern stauten.<sup>98</sup> Ihr Zusammenhang zur Preispolitik ist ein doppelter. Zum einen zeigt ihr Entstehen, daß es den Preisbehörden dauerhaft nicht gelang, die vorhandene Nachfrage richtig einzuschätzen und sie mittels der Preise an das vorhandene Angebot anzupassen. Zum anderen wurde dennoch die Preispolitik erneut eingesetzt, um das Problem zu bewältigen.

Als die DDR-Führung in den frühen fünfziger Jahren erstmals wahrnahm, daß sich fertige Waren in den Produktionsbetrieben, Lagern und Handelsgeschäften – je länger desto unverkäuflicher – stapelten,<sup>99</sup> hielt sie dies für vorübergehende, der Aufbauphase geschuldete Erscheinungen, die verschwinden würden, sobald das System stabilisiert sei. Allerdings drängten die Handelsbetriebe auf eine rasche Änderung, da sie unter dem Warenstau in

---

93 Roesler, *Privater Konsum*, S. 298.

94 Sekretariat Gregor: Protokoll über die Beratung am 27.6.1957 über Probleme des Binnenhandels 1956–1960 in einer Gegenüberstellung zur Direktive der III. Parteikonferenz, 25.6.1957, S. 2, BArch DE 1/9500.

95 Fred Oelßner war seit 1920 KPD-Mitglied, während des Krieges in der Sowjetunion, seit Kriegsende in vielerlei Funktionen für KPD/SED unter anderem 1950–58 Mitglied des Politbüros; seit 1953 auch Mitglied der Deutschen Akademie für Wissenschaften (DAW), ab 1956 Professor für Politische Ökonomie am Institut für Geschichte beim ZK, 1958 aus allen politischen Funktionen ausgeschlossen. Müller-Enbergs/Wielgoß/Hoffmann, *Wer war wer*.

96 Dieser zog in einem programmatischen Artikel als Vergleichsmaßstab für die Qualität der DDR-Zellwolle nicht die Bundesrepublik, sondern gleich das „Weltniveau“ heran. Fred Oelßner, *Staat und Ökonomie in der Übergangsperiode*, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Heft 3/1957, S. 321–331, hier 328.

97 MfHV: Sekretariat des Ministers, Unkorrigiertes, stenographisches Protokoll der internen Aussprache mit Prof. Fred Oelßner über Fragen des Handels am 21.9.1956, S. 6, BArch DL 1/3905.

98 Auf den euphemistischen Charakter der Begriffe „Sortimentslücke“ und „Überplanbestand“ weist Judd Stitzel hin. Beide Bezeichnungen suggerieren, daß es sich bei diesen Phänomenen nur um konkrete, in der Logistik begründete Schwierigkeiten handelt, die es – so die Wahrnehmung der DDR-Führung – eigentlich nicht geben sollte, die aber auf keinen Fall grundsätzlichen oder systemspezifischen Charakter haben. Vgl. Judd Stitzel, *Konsumpolitik zwischen „Sortimentslücken“ und „Überplanbeständen“ in der DDR der 1950er Jahre*, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hg.), *Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre*, München 2003, S. 191–203.

99 Z.B. 1952 bei Schweinslederschuh. MfHV, HA Planung, HA Preispolitik: *Maßnahmen, die die Entstehung von Überplanbeständen bei der HO verhindern*, hier: *Verbesserung der Preisgestaltung im Ausverkauf*, 27.11.1952, S. 1, BArch DE 1/9171.

ihren Regalen litten. Ihre zahlreichen Klagen und Beschwerden wurden lange Zeit ignoriert. Nachträgliche Preissenkungen sollten vermieden werden, weil mit negativen Reaktionen der Bevölkerung gerechnet wurde, wenn diese nämlich den Eindruck bekäme, Volkseigentum sei wertlos und würde darum „verramscht“.<sup>100</sup> Zwar sollten die Verbraucherpreise niedrig sein, doch noch wichtiger, so wird hier deutlich, waren der Wirtschaftsverwaltung ihre Stabilität und Einheitlichkeit. Allerdings war dies nicht nur eine Frage der Reputation staatlicher Preisbildung bei der Bevölkerung. Seit den „Grundsätzen“ galt die Preispolitik als ein Herzstück der langfristigen und ausgewogenen Wirtschaftsplanung. Jedes produzierte Gut war ein Ergebnis komplizierter und – idealiter – aufeinander abgestimmter, wirtschaftlicher Zusammenhänge, deren Abschluß die planmäßige Verwendung der Güter, also ihr Verkauf an den Verbraucher zu einem bestimmten, aus den Produktionsbedingungen begründeten Preis sein sollte. Nur wenn auch die geplanten Preise gezahlt wurden, waren die enthaltenen Wertanteile zu realisieren, die die Kosten der Betriebe decken, ihnen Gewinn bringen, dem Staatshaushalt die geplanten Einnahmen gewährleisten, die intendierte Abschöpfung der Kaufkraft ermöglichen und die Nachfrage dem bestehenden Angebot anpassen sollten. Jede nicht-planmäßige Verwendung brachte den Ablauf des Planes durcheinander.<sup>101</sup>

Als die DDR-Führung sich jedoch in unmittelbarer Folge des 17. Juni intensiver um die Verbesserung des Lebensstandards bemühte, erschienen auch die Überplanbestände und ihre preislichen Dimensionen auf der Tagesordnung. In einem ausführlichen Bericht des MfS wurden die Gründe dafür benannt, warum bestimmte Waren in den Läden liegenblieben. Hier ist die Rede von rumänischen Teppichen, die nicht „farbenfreudig“ seien, von Baumwoll-Miederwaren, die im Vergleich zu entsprechenden Waren aus Kunstseide zu teuer waren, von erheblichen Preisunterschieden bei Schuhen verschiedener Größen etc. Die Preispolitik wurde zwar scharf kritisiert, doch gleichzeitig auch die Hoffnung geäußert, daß diese Probleme bald mittels des neuen Preissystems gelöst werden könnten.<sup>102</sup>

Die Handelsbetriebe forderten jedoch weiterhin von ihrem Ministerium, sofortige Maßnahmen zu ergreifen. Zunächst wurden dafür die Saisonwaren ins Auge gefaßt, die nach Ablauf der entsprechenden Jahreszeit noch nicht verkauft waren. Das Ministerium für Handel und Versorgung schlug 1954 vor, für solche Güter regelmäßige Schlußverkäufe abzuhalten, wobei die Preissenkungen über den Staatshaushalt finanziert werden sollten. Dies stieß jedoch auf heftige Kritik des Finanzministeriums, das sich, wenn schon nicht ganz gegen Preisherabsetzungen aussprach, so doch sehr darauf drang, diese in Grenzen zu halten.<sup>103</sup> Dagegen behaupteten Vertreter des Handels, die Verluste durch die Preissenkungen seien niedriger als die Kosten, die für die einjährige Einlagerung der Waren fällig würden.<sup>104</sup>

Saisonschlußverkäufe wurden ab 1954 mehrmals durchgeführt, doch kam es immer wieder zu Debatten und Interventionen des Finanzministers, die wiederum Mißverständnisse bei

---

100 Im Zusammenhang mit den später noch zu erläuternden BIWA wurde diese Sorge auch in bezug auf die Angestellten des Handels geäußert. Bericht der Regierungskommission für Preise über ihre Arbeit bis Ende 1957 einschließlich der Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Abschaffung der Lebensmittelkarten beschlossen wurden [ca. Juni 1958], BArch DE 1/11848, Bl. 108.

101 Arbeitsprotokoll der Politbürositzung vom 1.6.1954, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/2A/354, Bl. 35.

102 Bericht betr. Feststellungen über ungünstige Preisrelationen im staatlichen Einzelhandel, 11.7.1953, S. 1, BStU MfS. AS 9/57, Bd. 18.

103 Arbeitsprotokoll der Politbürositzung vom 15.5.1956, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/2A/496, Bl. 50.

104 Stitzel, Fashioning Socialism, S. 312.

den lokalen Instanzen erzeugten, so daß die Preise der Überplanbestände oftmals in unterschiedlichem Maße gesenkt wurden oder lokal unterschiedliche Preise entstanden, was preispolitisch ebenfalls unerwünscht war.<sup>105</sup> Dadurch, so wurde befürchtet, könnten nicht nur bei der Bevölkerung Zweifel an der Wirksamkeit zentraler Preispolitik geweckt werden, sondern es würde auch zu Einkaufstourismus und weiteren Verschiebungen der Nachfrage kommen.

Es zeigte sich jedoch, daß die Nicht-Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage in der DDR kein vorübergehendes Problem war. Aber die Möglichkeiten, wie damit umzugehen sei, wurden innerhalb der Wirtschaftsverwaltung weiterhin kontrovers diskutiert. Ein Versuch bestand darin, die nachträglichen Senkungen der Handelspreise zu systematisieren und in eine feste Verkaufseinrichtung für preisreduzierte Waren zu etablieren.<sup>106</sup> Daraufhin wurde im Juni 1957 die Billigwaren-(BIWA-)Ladenkette gegründet, in deren Geschäften „Ladenhüter“ aus Einzel- und Großhandel sowie Erzeugnisse zweiter und dritter Wahl aus den Produktionsbetrieben zu ermäßigten Preisen verkauft wurden.<sup>107</sup> Doch auch die BIWA-Läden blieben umstritten. Die Planbehörde kritisierte sie auf Grund ihrer vermeintlich schlechten Reputation bei der Bevölkerung und forderte, daß noch genauer geprüft werden müsse, ob die Waren nicht anderweitig zu verkaufen seien. Sie erwog sogar, Waren, die nicht andernorts abgesetzt werden konnten, besser zu vernichten, als in die BIWA zu bringen.<sup>108</sup> Im März 1959 wurde der letzte dieser Läden geschlossen. Zur gleichen Zeit beendete das Politbüro auch den laufenden Winterschlußverkauf. Die Parteispitze führte dafür finanzielle Gründe an; sie fand die vom Handelsministerium vorgenommene Preissenkung zu umfassend, und zwar sowohl in bezug auf das Volumen der einbezogenen Waren als auch bezüglich der jeweiligen Preisreduktionen.<sup>109</sup> Beide Schritte – die Schließung der BIWA-Läden und der Abbruch des Schlußverkaufes – hingen damit zusammen, daß nun nochmals eine neue Lösung versucht werden sollte. Augenscheinlich war die Wirtschaftsverwaltung derweil der Ansicht, nachträgliche Preissenkungen seien unvermeidlich und lokale Akteure müßten mit deren Durchführung beauftragt werden, weil sie über die notwendigen Informationen verfügten und flexibel handeln konnten. Doch galt es, den Eindruck zu vermeiden, daß es sich dabei um eine Art Notlösung handelte, die aus dem Versagen der staatlichen Preispolitik resultiere. Gleichzeitig sollten die mit den Preissenkungen verbundenen Verluste für den Staatshaushalt in Grenzen gehalten werden. Diese Motive führten im Januar 1959 dazu, daß in den volkseigenen Handelsbetrieben ein spezieller Fonds geschaffen wurde, das so genannte Handelsrisiko, aus dem die Herabsetzung der Preise für Überplanbestände finanziert werden sollte. Wann für welche Güter die Preise zu senken waren und in

---

105 Ebenda, S. 316.

106 Arbeitsprotokoll der Politbürositzung vom 15.5.1956, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/2A/496, Bl. 43.

107 Stitzel, *Fashioning Socialism*, S. 322.

108 HA Planung der Finanzen, Bemerkungen zur Entwicklung der BIWA, 11.9.1957, S. 2, BArch DE 1/9500. Die Meinungen innerhalb dieser Behörde schienen auseinanderzugehen. Die in diesem Bericht zur Entwicklung der BIWA enthaltene Formulierung, den Verkaufsstellenleitern sei die „uneingeschränkte Vollmacht zur Preisfestsetzung in eigener Verantwortung“ übergeben worden, wurde mit dem handschriftlichen Vermerk „Quark!“ versehen.

109 Wirtschaftskommission beim Politbüro: Bericht über die Vorbereitung und Durchführung des Politbürobeschlusses vom 28.10.1958 über die Bereinigung der Warenbestände im volkseigenen Groß- und Einzelhandel, SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2029/27, Bl. 94.



welchem Umfang dies geschehen sollte, durften die Verkaufsstellenleiter selbst entscheiden.<sup>110</sup> Im Gegenzug mußten sie dafür sorgen, daß ihre Betriebe den Fonds selbst aufbrachten. Er wurde als Anteil ihres Umsatzes bemessen und mußte durch Senkung der Handelskosten finanziert werden.<sup>111</sup>

Nachträgliche Preissenkungen sollten nun also ein ganz normaler Vorgang im sozialistischen Handelsgeschehen werden. Zwar wurde weiterhin versucht, den Umfang der Preissenkungen in Grenzen zu halten, indem den Handelsbetrieben materielle Vorteile versprochen wurden, wenn sie den Fonds nicht ganz ausschöpften.<sup>112</sup> Allerdings ist der sich zu dieser Zeit vollziehende Wandel in der Preispolitik unübersehbar. Die DDR-Führung gab preispolitische Kompetenzen an Akteure der unteren Einheiten ab und relativierte einen der wesentlichen Grundsätze der Verbraucherpreispolitik der vergangenen Jahre: den der Einheitlichkeit. Sie war mit den Grenzen einer zentralen und vorab geplanten Preisbildung konfrontiert und war zum ersten Mal bereit, diese nicht nur zu sehen, sondern auch, sie zu akzeptieren.

#### 4. Das Scheitern der Preispolitik und ein neuer Anfang: 1958–1961

Bereits seit Mitte der fünfziger Jahre war innerhalb der Wirtschaftsverwaltung der DDR immer wieder die Möglichkeit diskutiert worden, die Reste der Rationierung, die zu dieser Zeit noch für tierische Produkte und Zucker bestand, endgültig abzuschaffen. Doch wurde dies stets mit Verweis darauf vertagt, daß die verfügbaren Warenmengen zu gering seien.<sup>113</sup> Gleichwohl war sich die Regierung bewußt, daß die DDR damit immer noch den Makel einer Nachkriegsgesellschaft trug, der in den Augen der eigenen Bevölkerung die bis dahin erzielten Konsumerfolge relativieren mußte und der besonders im Vergleich zum westlichen Nachbarn beschämend wirkte.<sup>114</sup> Diese Schiefelage geriet noch deutlicher ins Blickfeld, nachdem Chruschtschow 1956 proklamiert hatte, die Sowjetunion sei in nicht allzu ferner Zukunft in der Lage, die am meisten entwickelten westlichen Länder in ihrer Pro-Kopf-Produktion zu überrunden.<sup>115</sup> Damit waren auch die anderen Staaten Ostmitteleuropas auf-

---

110 Hans Langer, *Kosten, Handelsspannen, Preise im sozialistischen Einzelhandel*, Berlin (Ost) 1960, S. 46.

111 Bericht der Abt. Planung und Finanzen und Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel über Probleme auf dem Gebiete der Konsumgüterproduktion, vorgelegt mit Vorschlag vom 1.7.1958, SAPMO-BArch DY 30 IV 2/608/70, Bl. 104.

112 Bericht der Regierungskommission für Preise über ihre Arbeit bis Ende 1957 einschließlich der Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Abschaffung der Lebensmittelkarten beschlossen wurden [ca. Juni 1958], BArch DE 1/11848, Bl. 108.

113 Z.B. von Bruno Leuschner im Juni 1955. Landsman, *Dictatorship and Demand*, S. 133.

114 Ebenda, S. 121.

115 Zur Bedeutung des Jahres 1956 im Ostblock siehe Jan Foitzik (Hg.), *Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Aufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen*, Paderborn u.a. 2001. Hierzu auch: Dietrich Staritz, *Geschichte der DDR 1949–1985. Erweiterte Neuauflage*, Frankfurt am Main 1996, S. 143–147.

gefordert, sich entsprechend großen Aufgaben zu stellen; dies galt um so mehr für das „Schaufenster“ des Ostblocks, die DDR.<sup>116</sup>

Als sich im Jahr 1957 die Wirtschaft in der DDR recht positiv entwickelte – besonders im Vergleich zum miserablen Vorjahr<sup>117</sup> – schien der Zeitpunkt gekommen, die Reste der Rationierung zu beseitigen. Gleichzeitig wurde der gesamte Ostblock nach dem sowjetischen Erfolg in der Raumfahrt von einer Welle des Optimismus erfaßt<sup>118</sup> und dieser Überschwang scheint auch die Verantwortlichen in der DDR ergriffen zu haben, so daß frühere Bedenken, ob das Warenangebot reiche, den freien Verkauf ganz zuzulassen, beiseite gewischt wurden. Zwar äußerte die Zentrale Kommission, die damit beauftragt war, die Aufhebung der Rationierung zu planen und durchzuführen, im Januar 1958 die Sorge, daß der erwartete Nachfrageanstieg nicht gedeckt werden könne und schlug vor, die Sowjetunion um einen Kredit von 65 Mio. Rubel in Devisen zu bitten, um damit westliche Importe von Genußmitteln und Industriewaren zu bezahlen. Mit diesen hätte die Nachfrage nach den Lebensmitteln, die aus der Rationierung freigegeben wurden, umgelenkt werden können. Doch obgleich dieser Wunsch unerfüllt blieb,<sup>119</sup> sollte die Kartenwirtschaft wie geplant beendet werden.<sup>120</sup> Die Maßnahme wurde sehr konkret und einfach geplant; ihre möglichen, mittel- und langfristigen Folgen blieben nahezu ausgeblendet. Die Effekte der Freigabe der restlichen Waren aus dem Zuteilungssystem auf die Nachfrage sollten beherrschbar gemacht werden, indem ein – im Vergleich zu den Kartenpreisen – recht hohes Niveau anvisiert wurde, auf dem die bis dahin doppelten Verbraucherpreise vereinheitlicht werden sollten. Aus sozialpolitischen Gründen war dies umstritten, denn die Zentrale Kommission ging zu Recht davon aus, daß der Anteil der Kartenwaren an den Ausgaben der Haushalte um so höher lag je niedriger deren Einkommen waren. Umgekehrt würden gerade die einkommensstarken Haushalte, die bis dahin viel in den HO gekauft hatten, von der dortigen Preissenkung profitieren.<sup>121</sup> Darum wurde der Vorschlag entwickelt, den Schichten, die bis dahin noch größere Teile ihres Verbrauchs über die Karten deckten, angemessene Kompensation über die Einkommen zu gewähren. Die Idee stammte von Finanzminister Willy Rumpf, der auf diese Weise das hohe Verbraucherpreisniveau durchsetzen und mittels dessen die Kaufkraftentwicklung kontrollieren wollte. Er präsentierte auch einen Vorschlag, wie die Zuschläge für die Niedrigverdiener finanziert werden konnten. Zeitgleich mit der Abschaffung der Karten sollten die

---

116 Siehe dazu Michael Lemke, *Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielraum der SED im Ost-West-Konflikt*, Berlin 1995, S. 46f.

117 Dazu trug sicher die, zu Anfang des Jahres gewährte sowjetische Hilfe bei, doch auch die heimische industrielle Bruttoproduktion verzeichnete ein Wachstum von 8 %. Staritz, *Geschichte der DDR*, S. 170.

118 Zum Zusammenhang zwischen „Sputnik-Euphorie“ und „Ökonomischer Hauptaufgabe“: André Steiner, *Vom Überholen eingeholt. Zur Wirtschaftsgeschichte in der DDR 1960/61*, in: Burghard Ciesla/Michael Lemke/Thomas Lindenberger (Hg.), *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948:1958*, Berlin 1999, S. 245–262, hier 247.

119 Landsman, *Dictatorship and Demand*, S. 177f.

120 Die letzten Papiere mit detaillierten, inhaltlichen Erörterungen zum Ende der Kartenwirtschaft, die ich in den Akten gefunden habe, stammen von Ende Januar 1958. Es ist anzunehmen, daß bis dahin das endgültige Konzept fertiggestellt war und nicht mehr verändert wurde.

121 Zu Fragen der Aufhebung der Rationierung (Bericht aus dem Politbüro). Bericht über die Arbeit der Kommission, 2.10.1957, BArch DN 1/24124.

Steuern für die Mittelschichten angehoben werden.<sup>122</sup> Die einzelnen Zuschlagszahlungen, die die Familien erhielten, sollten die ihnen durch die Aufhebung der Rationierung entstehenden Mehrausgaben, die mit dem vorherigen Anteil der Kartenwaren an ihrem Verbrauch korrelierten, annähernd decken. Auf diese Weise, so wurde argumentiert, könnte zudem verhindert werden, daß sich die Einkommensstruktur innerhalb der Arbeiterschaft verschob und es dadurch zu ungeplanten Bewegungen der Arbeitskräfte käme.<sup>123</sup> Allerdings scheint es nach Studium der Akten so, daß die Zentrale Kommission den Anteil der Kartenwaren am durchschnittlichen Verbrauch der Bevölkerung tendenziell überschätzt hat, weshalb sie auch die auf die Bevölkerung zukommenden Belastungen als zu hoch veranschlagte.<sup>124</sup> Insofern kann angenommen werden, daß die Ausgleichsbeträge in vielen Familien über den tatsächlichen Mehrausgaben lagen und die Kaufkraft der Bevölkerung sich insgesamt deutlich erhöhte. Dazu kam, daß ebenfalls im Jahr 1958 die Durchschnittslöhne von Arbeitern und Angestellten in Staatsbetrieben erheblich angehoben wurden.<sup>125</sup>

Der Preisanstieg, der sich durch das Ende der Kartenwirtschaft ergab, beeinflusste deutlich die Ernährungskosten der Haushalte,<sup>126</sup> die von 1957 (82,7) auf 1958 (100) drastisch anstiegen.<sup>127</sup> Dennoch schien die Bevölkerung die Maßnahme ohne große Unruhe zu akzeptieren. Zu diesem Schluß kam jedenfalls das Ministerium für Staatssicherheit, das die Reaktionen der Bevölkerung auf die Aufhebung der Rationierung zum 28. Mai 1958<sup>128</sup> genau

---

122 Gen. Rumpf: Entwurf. Aufhebung der Reste der Rationierung (Nach der Beratung im Politbüro am 14.1.1958), 20.1.1958, S. 1, BArch DN 1/24151.

123 Ebenda, S. 6.

124 Eine detaillierte Darlegung dieses Punktes enthält: Schevardo, Vom Wert des Notwendigen, S. 193–197.

125 Staritz, Geschichte der DDR, S. 170.

126 Diesmal wurde die Verbraucherpreisentwicklung anhand der Haushaltsrechnungen der Jahre 1955 bis 1960 rekonstruiert. Es wurde ein Index für die Ernährungskosten der Vierpersonenhaushalte mit mittlerem Einkommen auf Verbrauchs- und Preisbasis 1958 berechnet. Entwicklungskarteien, Statistik der Haushaltsrechnungen, VE-Industrie. Monatsdurchschnitt der 6 Befragungs-Monate 1956, BArch DE 1 St./281; SZS: Ergebnistabellen DDR (einschließlich Demokrat. Sektor von Groß-Berlin), Statistik der Wirtschaftsrechnungen, 4-Personen-Haushalte von Arbeitern der VE Industrie. Monate Januar und März 1957, BArch DE 1 St./409; Statistik der Haushaltsrechnungen, Ergebnisse von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in Industrie und Bauwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (einschl. demokr. Berlin), Berichtszeitraum III. Quartal 1958, 31.12.1958, BArch DE 1 St. 1034; SZS, Statistik der Wirtschaftsrechnungen. Ergebnisse von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten (Industrie und Bau). Berichtszeitraum III. Quartal 1959, Teil III: 2/2. 11.1959, BArch DE 1 St./1917; Ergebnisse der Statistik der Haushaltsrechnungen 1960–1965. Einnahmen, Ausgaben und Verbrauch in Angestelltenhaushalten, 4-Personenhaushalte, BArch DE 2/0044086, Beh. 21148. Zum zugrunde gelegten Warenkorb und zur Methodik: Schevardo, Vom Wert des Notwendigen, S. 296–299.

127 Der Wert für 1958 bezieht sich auf das III. Quartal, d.h. die Effekte der Aufhebung der Rationierung sind bereits enthalten. Allerdings muß einschränkend bemerkt werden, daß sich der Wert für 1957 auf den Monat März bezieht und die Preise, so zeigen die Haushaltsrechnungen, bereits im weiteren Verlauf des Jahres leicht anstiegen. Hätte man einen späteren Monat herangezogen, wäre die Differenz zwischen beiden Jahren möglicherweise geringer ausgefallen.

128 Einzige Ausnahme dabei waren Braunkohlebricketts, die erst 1960 teilweise frei verkauft wurden. Die hierfür festgelegten Preise wurden zeitlich und nach Abnahmemenge gestaffelt, Haushalte mit niedrigem Einkommen erhielten Ausgleichszahlungen. ZK, Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel: Beschlußvorlage für das Politbüro des ZK der SED, 21.1.1960, SAPMO-BArch DY 30 IV 2/610/130.

beobachtete. Die Verbraucher hielten sich im Konsum zunächst zurück.<sup>129</sup> Zwar gab es im Juni bei Kakaoerzeugnissen und auch bei Butter erneut einige Engpässe,<sup>130</sup> doch insgesamt hatte die DDR-Führung den Eindruck, daß sie die Nachfrageentwicklung richtig antizipiert hatte. Wie auch schon im Falle von Preisanhebungen in den Jahren zuvor, machte sie die Erfahrung, daß die Konsumenten solche Schritte akzeptierten, wenn sich gleichzeitig die Versorgung verbesserte. Diese positive Bilanz ließ sie mit einigem Optimismus in die Zukunft blicken.

Im Juli des Jahres 1958 proklamierte die SED die „Ökonomische Hauptaufgabe“, die vorsah, bis 1961 den Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung der DDR so zu steigern, daß bei allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern der Pro-Kopf-Verbrauch der Bürger der Bundesrepublik nicht nur ein- sondern auch überholt würde.<sup>131</sup>

Aus der geplanten raschen und enormen Steigerung des Lebensstandards der DDR-Bevölkerung ergaben sich klare Forderungen für die Verbraucherpreispolitik. Nun, da die letzten Reste der Zuteilungswirtschaft beseitigt waren, sollte ein wahrhaft sozialistisches Preissystem geschaffen werden, das stärker als bisher in den Kontext der planmäßigen Wirtschaftsführung zu stellen war. Nun konnten auch die „Grundsätze“ von 1953 realisiert werden. Zunächst waren einheitliche, feste Preise für alle Konsumgüter zu bilden; anschließend sollten diese Preise kontinuierlich und systematisch gesenkt werden.<sup>132</sup>

Kurz darauf wurde der DDR-Führung bereits vor Augen geführt, daß sie mit ihren politischen Absichtserklärungen der Bevölkerung Versprechen gab – und diese mit wachsender Ungeduld darauf bestand, daß sie eingehalten wurden. Als die Regierung im Oktober 1958 eine Reihe von Verbraucherpreisen für Konsumgüter senkte,<sup>133</sup> gleichzeitig aber einige Preise für Lederwaren auch anhob, kam es zu Protesten. Vermutlich aus Schreck über den unerwarteten Widerstand machte die DDR-Führung die Anhebung nicht nur rückgängig, sondern senkte gleich die Preise der ganzen Warengruppe.<sup>134</sup> Die Regierung mußte sich zunehmend Mühe geben, ihre Politik in den Augen ihrer Bürger zu legitimieren.

Die Festpreisbildung, die 1953 bei Rohstoffen begonnen hatte, erfaßte ab 1957 allmählich den Bereich der Konsumgüter. Zunächst waren die Preise meist auf Basis der durchschnittlichen Produktionskosten der Betriebe gebildet worden. Dadurch waren auch ihre Verbraucherpreise einheitlich und lagen im Vergleich zu den bis zur Festpreisbildung geltenden Einzelpreisen, die jeweils auf Basis der individuellen Erzeugerkosten gebildet wor-

---

129 Z.B. Abschlußbericht, Betr.: Abschaffung der Lebensmittelkarten, 2. 6.1958, BStU MfS, ZAIG 163, S. 2. Dazu auch Patrice G. Poutrus, Lebensmittelkonsum, Versorgungskrisen und die Entscheidung für den Goldbroiler, in: Archiv für Sozialgeschichte 39, 1999, S. 391–421, besonders 398–405.

130 Reaktionen auf die Aufhebung der Rationierung, Juni 1958, BArch DL 1/3776.

131 Die „Ökonomische Hauptaufgabe“ war als positives Zeichen nach außen gedacht, mit dem nicht zuletzt die Republikflucht bekämpft werden sollte. Patrick Major, Innenpolitische Aspekte der zweiten Berlinkrise, in: Hans-Hermann Hertle/Konrad Jarausch/Christoph Kleßmann, Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002, S. 97–110, hier 101.

132 Abt. Planung und Finanzen, Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel: Vorlage für die Wirtschaftskommission des Politbüros zum Bericht über Probleme auf dem Gebiet der Konsumgüterpreise, 1.7.1958, SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2101/29, Bl. 46.

133 SZS: Bericht über die Veränderungen der Preise und Tarife für Waren und Leistungen und deren Auswirkungen auf die Lebenshaltung der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte 1955–1961, S. 19–26, BArch DE 2/43115.

134 Büro der Regierungskommission, Betr.: Auswertung von Beschlüssen, 20.5.1959, BArch DN 7/2704.

den waren, auf einem mittleren Niveau. Angesichts der nach der Aufhebung der Rationierung neu formulierten Leitlinien der Verbraucherpreisbildung sollten nun jedoch nur noch die Kosten der jeweils besten Betriebe – d.h. also der geringste Produktionsaufwand – als Grundlage der Preise herangezogen werden.<sup>135</sup> Noch stärker als bis dahin sollten die Hersteller über die Preise zur Kostensenkung gezwungen werden und damit die Verbraucherpreise auf einem möglichst niedrigen Niveau liegen, ohne daß den Betrieben umfangreiche Subventionen gezahlt werden mußten. Um die Ernsthaftigkeit des Anliegens zu demonstrieren – und in Reaktion auf die erwähnten Proteste der Bevölkerung –, hob der Ministerrat im Oktober 1958 alle Verbraucherpreiserhöhungen auf, die sich bis dahin durch den Erlaß fester Preise ergeben hatten und betonte, daß solche Effekte grundsätzlich nicht mehr eintreten dürften.<sup>136</sup> In Folge dieses Beschlusses brach zwischen den zuständigen Behörden ein Streit offen aus, der bereits seit Beginn der Festpreisbildung geschwelt hatte. Seine Protagonisten waren das Finanzministerium und die Plankommission.

Von Anfang an hatte sich der Finanzminister dagegen ausgesprochen, über die Preise zu starken Druck auf die Betriebe auszuüben. Wo er konnte, hatte er dafür gesorgt, daß deren Kosten in der Preiskalkulation möglichst weitgehend berücksichtigt wurden, denn er wollte verhindern, daß die Betriebe in die Situation kamen, keine Abgaben mehr leisten zu können bzw. Subventionen erhalten zu müssen.<sup>137</sup> Gegen den genannten Beschluß des Ministerrates vom Oktober 1958 erhob er darum vehementen Einspruch, weil dieser dazu führe, so Rumpf, daß zahlreiche Betriebe nicht mehr rentabel arbeiten könnten und aus dem Staatshaushalt gestützt werden müßten. Statt dessen forderte er, grundsätzlich höhere Preise zu bilden, die auch die Kosten der schlechter arbeitenden Betriebe deckten, und die größeren Gewinne der anderen Produzenten durch Sonderabgaben in den Staatshaushalt abführen zu lassen.<sup>138</sup>

Ganz anderer Ansicht war hingegen die Staatliche Plankommission, die seit jeher den normativen Aspekt der Preisbildung hervorgehoben hatte. Für sie standen die Produktionsbetriebe unter dem Generalverdacht, unnötige Kosten zu verursachen und, wo sie konnten, unrechtmäßig „zu hohe“ Preise zu beantragen. Einheitliche Festpreise sollten eine straffe Kostenkontrolle ermöglichen, und nur wenn diese gelang, konnten wiederum durch preisliche Sonderregelungen gezielte Anreize zur Produktionslenkung gesetzt werden, wie z.B. durch die höheren Gewinnraten bei den Massenbedarfsgütern aus Restmaterialien. Zudem erinnerte die Staatliche Plankommission daran, daß höhere Erzeugerpreise auch zu einem

---

135 Bericht der Regierungskommission für Preise über ihre Arbeit bis Ende 1957 einschließlich der Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Abschaffung der Lebensmittelkarten beschlossen wurden [ca. Juni 1958], S. V 2, 1, BArch DE 1/9184.

136 Büro der Regierungskommission, Betr.: Auswertung von Beschlüssen, 20.5.1959, BArch DN 7/2704.

137 Bedeutsam in dieser Diskussion war auch der Umstand, daß ein Großteil der Konsumgüterproduktion zu dieser Zeit immer noch aus Privatbetrieben kam, gegen die die Wirtschaftsverwaltung in den fünfziger Jahren mit wechselnder Härte vorging.

138 Diese Darstellung folgt Angaben der Parteispitze bzw. der SPK. Vorlage für die Staatliche Plankommission, Maßnahmenplan zur Lösung von Grundsatzproblemen auf dem Preisgebiet, 20.11.1958, SAPMO-BArch DY 30 IV 2/608/70, Bl. 132–151, hier 133. SPK: Koordinierung der Finanzen und Preise: Stellungnahme zum Maßnahmenplan zur Lösung von Grundsatzfragen auf dem Preisgebiet vom 15.12.1958, 14.1.1959, BArch DE 1/9246.

Anstieg der Verbraucherpreise führen könnten, was es unbedingt zu vermeiden galt.<sup>139</sup> Sie schlug vor, so zu verfahren, wie im Oktober 1958 beschlossen worden war, also einheitliche Festpreise auf niedrigstem Kostenniveau zu bilden. Im Falle, daß einzelne Betriebe damit tatsächlich nicht wirtschaften konnten und drohten, ihre Produktion einzustellen, sollte ihnen individuell erlaubt werden, geringere Abgaben zu zahlen bzw. – wenn dies nicht reichte – Stützungen zu beantragen.<sup>140</sup> Diese Lösung enthielt auch ein Ministerratsbeschluß vom Anfang des Jahres 1959. Damit wurde erneut und offiziell die mögliche Zahlung von Subventionen an die Betriebe eingeräumt, obgleich dies im Gegensatz zu dem in den „Grundsätzen“ vorgesehenen kontinuierlichen Abbau der Stützungen stand.<sup>141</sup> Auch dieser Regierungsbeschluß bremste Finanzminister Rumpf nicht. Er monierte nun vor allem die fehlende Flexibilität der Preisbildung und behauptete, ein einheitlich angewandtes Prinzip sei unsinnig, weil die jeweiligen Bedürfnisse der einzelnen Produktionen berücksichtigt werden müßten. Welche negativen Folgen angeblich drohten, wenn die Preise durchweg auf Basis des niedrigsten Kostenniveaus gebildet würden, stellte er am Beispiel der Textilien dar. Auf Grund solcher Festpreise hätten kurz danach 15 % der volkseigenen und 30 % der privaten Betriebe nur noch mit Verlust arbeiten können.<sup>142</sup> Hier soll die Darstellung dieses Streits erst einmal enden. Planbehörde und Finanzministerium beharrten auf ihren Positionen und die Festpreisbildung stagnierte. In der Zwischenzeit wurden aber andere Themen auf die Agenda gesetzt.

Seit dem Frühjahr 1959 zeigten sich in der DDR erneut deutliche Lücken in der Versorgung. Sie waren zum einen darauf zurückzuführen, daß nach dem Ende der Rationierung der Verbrauch der Bevölkerung mit einiger Verzögerung doch stark angestiegen war. Bereits im November des Jahres 1958 hatte die Statistikbehörde festgestellt, daß seit April die pro Kopf konsumierten Mengen bei Fleisch- und Wurstwaren um 18 %, bei Butter um 21 %, bei Vollmilch um 13 % und bei Kakao- und Kakaoerzeugnissen um 54 % angestiegen waren.<sup>143</sup> Zum anderen brach 1959 die landwirtschaftliche Produktion deutlich ein. Zunächst blieben die Ernteerträge pflanzlicher Produkte hinter den Ergebnissen des Vorjahres zurück, was unweigerlich negative Effekte auf die Fleischproduktion haben mußte.<sup>144</sup> Im weiteren Verlauf des Jahres wurden zu knappe Angebotsmengen bei Obst und Gemüse, Kartoffeln und Milch gemeldet.<sup>145</sup> Engpässe bei Butter führten bereits im Spätsommer dazu, daß die Arbei-

---

139 Dafür konnte sie auch eine Reihe von Beispielen nennen. Abteilung Koordinierung der Finanzen und Preise: Stellungnahme zum Bericht über die Erfahrungen und Lehren aus der Preispolitik, der Bildung der Festpreise in der Industrie und dem Kampf gegen schleichende Preiserhöhungen, 12.10.1959, S. 4, BArch DE 1/9248.

140 SPK: Koordinierung der Finanzen und Preise, Stellungnahme zum Maßnahmenplan zur Lösung von Grundsatzfragen auf dem Preisgebiet vom 15.12.1958, 14.1.1959, BArch DE 1/9246.

141 Schreiben Wabra an Walter Ulbricht, 3.9.1959, BArch DE 1/11851, Bl. 40.

142 Schreiben Rumpf an den Vorsitzenden der SPK, Leuschner, 12.9.1959, BArch DE 1/11851, Bl. 156–160.

143 Zur Entwicklung des Pro-Kopf-Verbrauches an wichtigen Nahrungsmitteln in Haushalten von Arbeitern und Angestellten im Vergleich der Monate April und November 1958 [November 1958], BArch DE 1/3492.

144 Gaertner, Materielle Versorgung, S. 192. André Steiner sieht diese Produktionsprobleme als Auslöser dafür, daß sich die DDR-Führung zum Ende des Jahres 1959 entschloß, die Landwirtschaft ganz zu kollektivieren. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 116.

145 Poutrus, Lebensmittelkonsum, S. 397.

ter die Betriebe verließen, wenn die Läden neu beliefert wurden. Das MfS berichtete von tumultartigen Unruhen.<sup>146</sup> Darum griff die Regierung gegen Ende des Jahres 1959 zu direkteren Instrumenten der Verbrauchslenkung. Butter durfte nicht mehr frei verkauft und nur noch eingeschränkt in Gaststätten und in Bäckereien verwendet werden.<sup>147</sup> Daß auch erneut die Preise für Nahrungsmittel erhöht wurden, um den Verbrauch einzuschränken, ist nicht bekannt. Allerdings zeigen die Haushaltsrechnungen deutlich, daß die Ernährungskosten – auf Basis der Preise von 1958 (100) – von 1959 (101,0) zu 1960 (109,8) stark anstiegen.<sup>148</sup> Es kann jedoch auch vermutet werden, daß die Familien mehr zahlen mußten, weil sie ihren Bedarf eventuell über neue Formen des illegalen Handels deckten oder innerhalb der Warengruppen ihre Nachfrage zu den teureren Sortimenten verschoben.

Die Nachfrage der Bevölkerung nach Lebensmitteln war wohl auch in solch unerwartetem Maße gestiegen, weil nach wie vor das Angebot an Industriewaren eher gering war. Aus den Haushaltsrechnungen der Jahre 1958 und 1959 geht hervor, daß die Anteile an den monatlichen Gesamtausgaben eines Haushaltes bei Bekleidung von 9,8 auf 9,0 %, bei Hausrat von 7,5 auf 6,7 % und bei Reinigung und Körperpflege von 3,5 auf 3,2 % zurückgingen.<sup>149</sup> Der relative Ausgabenrückgang hing natürlich mit dem Anstieg der Ernährungskosten zusammen; zudem wurden bei einigen Industriewaren auch die Preise herabgesetzt. Doch genau dies führte in vielen Fällen auch zu den Angebotslücken. So waren im Oktober 1958 z.B. bei Schuhen in Folge der 30%igen Preissenkung einige Sortimente rasch ausverkauft.<sup>150</sup> Die Versorgung mit Schuhwaren blieb offensichtlich nachhaltig schlecht und erhielt fast sprichwörtlichen Charakter. Laut Angaben des MfS machte 1960 unter der DDR-Bevölkerung der Spruch die Runde: „Wir wollen Deutschland [sic] barfuß überholen.“<sup>151</sup> Indes blieben die Versorgungsengpässe nicht auf Schuhe beschränkt. Stichproben in HO- und Konsumverkaufsstellen in Leipzig und Potsdam ergaben, daß Anfang 1960 von den zu handelnden Sortimenten 33 % der Haushaltswaren, 21 % der Elektroartikel und 6 % der Kurzwaren fehlten; in einigen Extremfällen stand nur die Hälfte des geplanten Angebotes bereit.<sup>152</sup> Daneben gab es weiterhin zahlreiche Überplanbestände.<sup>153</sup> Es war der Wirtschaftsverwaltung nach wie vor nicht gelungen, Waren produzieren zu lassen, die in Sortiment und

---

146 Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Butter, 14.9.1959, BStU MfS, ZAIG 235.

147 Patrice G. Poutrus, Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumententwicklung in der DDR, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 46.

148 Diesen Ausführungen liegt die in Fußnote 126 erwähnte Indexberechnung zu Grunde.

149 Auch diese Angaben beziehen sich auf die „Indexfamilie“. Für 1958 erfassen sie das III. Quartal, für 1959 das IV. SZS: Statistik der Wirtschaftsrechnungen. Ergebnisse von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in Industrie und Bauwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (einschl. demokr. Berlin). Berichtszeitraum III. Quartal 1958, 31.12.1958, BArch DE 1/St. 1034; Statistik der Wirtschaftsrechnungen. Ergebnisse von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten (Industrie und Bau). Berichtszeitraum IV. Quartal 1959, Teil III: 2/2, Februar 1960, BArch DE 1/St. 6922.

150 Abt. Koordinierung der Finanzen und Preise: Analyse der Preissenkungen 1958 (Schuhe) und 1959–1961, 4.12.1961, BArch DE 1/9580, Bl. 188.

151 Lage in Handel und Versorgung, 20.12.1960, S. 14, BStU MfS, CAKG-22, Pl.

152 Hübner, Konsens, Konflikt, Kompromiß, S. 157.

153 Der Wert der als unverkäuflich geltenden Fertigerzeugnisse stieg allein innerhalb des ersten Halbjahres 1959 von 216,4 Mio. Mark auf 324 Mio. Mark. Büro Apel/Wirtschaftskommission beim Politbüro, Deutsche Notenbank: Analyse der Überplanbestände in der Position Fertigerzeugnisse, Stichtag 31.7.1959, SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2029/65, Bl. 156.

Qualität dem Bedarf der Bevölkerung entsprachen bzw. für die produzierten Güter Preise bilden zu lassen, die die Bevölkerung als angemessen empfand. In diesem Zusammenhang wurde erneut ein Aspekt relevant, der seit der Aufhebung der Rationierung zunächst in den Hintergrund getreten war: der Vergleich der DDR-Preise mit denen Westdeutschlands.

Im Juli des Jahres 1960 legte die Statistikbehörde einen umfassenden Bericht zu den Relationen der Verbraucherpreisniveaus und der Lebenshaltungskosten in beiden deutschen Staaten vor. Ihm ist zu entnehmen, daß die bundesrepublikanischen Haushalte in den meisten Bedarfsgruppen weniger ausgeben mußten als die der DDR. Ausnahmen waren nur die Gruppen Bildung/Unterhaltung, Heizung/Beleuchtung und Wohnung.<sup>154</sup> Für die mittlere Einkommensgruppe lagen die Ausgaben für Lebensmittel in der DDR nur bei Brot und Kartoffeln niedriger, hingegen bei höherwertigen Nahrungsgütern wie tierischen Produkten, pflanzlichen Ölen oder Kakao sowie bei Genußmitteln, besonders Kaffee, deutlich über denen der Westfamilien der gleichen Einkommensstufe. Auch im Textilbereich und für Industriewaren wie Möbel, Steingut sowie Glas- und Metallwaren mußte in der DDR wesentlich mehr gezahlt werden als in der Bundesrepublik.<sup>155</sup>

Diesem ernüchternden, allgemeinen Überblick folgte eine Reihe detaillierterer Untersuchungen verschiedener Behörden. Ein direkter Preisvergleich von etwa 175 Waren, den die Plankommission im November 1960 durchführte,<sup>156</sup> zeigte, daß die Verbraucherpreise in der DDR für sehr wenige Erzeugnisse überhaupt niedriger waren als in der Bundesrepublik. Dabei handelte es sich teils um „Klassiker“ der Grundversorgung, wie z.B. Kartoffeln, Möhren, einige Kohlsorten, Salz, Brot oder auch einfache Industriewaren wie Gummistiefel, Scheuerbürsten oder Schmortöpfe, teils um Güter, die für den alltäglichen Bedarf der Bevölkerung nahezu unbedeutend waren wie Waschwannen, Gartenspaten oder Zellwatte und die darum nur geringen Einfluß auf die Lebenshaltung hatten.

Als besonders problematisches Feld zeigte sich auch der Bereich Textil und Bekleidung. Da dessen Produkte dem Grundbedarf zugerechnet wurden, war hier mit besonderer Sorgfalt darauf geachtet worden, die Verbraucherpreise einheitlich und niedrig zu halten. Jedoch zeigte ein Vergleich der Preise von Konfektionserzeugnissen im November 1960, daß das Preisniveau in der DDR durchweg deutlich über dem der Bundesrepublik lag.<sup>157</sup> Bei Damenoberbekleidung etwa waren die Preise in Ostdeutschland knapp zweieinhalbmal so hoch wie im Westen. Selbst Kinderbekleidung, deren Preise niedrig gehalten werden sollten, indem auf hochwertige Materialien verzichtet wurde,<sup>158</sup> war in der DDR nur geringfügig günstiger als in Westdeutschland.

---

154 Im Vergleich zur DDR (100) betragen die durchschnittlichen Ausgaben der mittleren Einkommensgruppe in der Bundesrepublik bei Ernährung 72,2, bei Genußmitteln 62,8, bei Bekleidung 61,1, bei Reinigung und Körperpflege 83,7, bei Hausrat 63,5 und bei Verkehr 91,7, bei Bildung/Unterhaltung 129,8, bei Heizung/Beleuchtung 248,8 und bei Wohnung 122. SZS, Sektor Lebensstandard und Wirtschaftsrechnungen: Entwicklung und Niveau des Preisindex der Lebenshaltung in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten der DDR und Arbeitnehmerhaushalte in Westdeutschland bis zum Jahre 1959, 13.7.1960, S. 9, BArch DE 2/43123.

155 Ebenda, S. 11.

156 SPK, HA Perspektivplanung: [o.T.] 28.11.1960, BArch DE 1/3487, Bl. 72–77.

157 SPK, Abteilung Koordinierung der Finanzen und Preise: Aktenvermerk: Betr. EVP für Konfektionserzeugnisse, 7.6.1961, BArch DE 1/9891, Bl. 138–143.

158 Dies gab das MdF an. Heimann, Systembedingte Ursachen, S. 137.



Die für die Preisbildung in der DDR Verantwortlichen wurden sich bewußt, daß ihre bisherige Politik gescheitert war. Trotz aller Anstrengungen war es auch bei als besonders wichtig erachteten Gütern nicht gelungen, das Preisniveau niedrig zu halten. Im Wettbewerb der beiden Systeme bzw. des Lebensstandards, den sie ihrer jeweiligen Bevölkerung bieten konnten, lag die DDR – trotz all ihrer großen Pläne – hinten.

Bereits in Folge des Streits zwischen Finanzministerium und Planbehörde über das den Festpreisen für Konsumgüter zugrunde zu legende Kostenniveau war innerhalb der Wirtschaftsverwaltung begonnen worden, die Prämissen dieses Projektes kritisch zu reflektieren. Es mehrten sich die Stimmen, die fragten, wie sinnvoll es überhaupt sei, für alle Waren einheitliche Festpreise zu erlassen. Denn deren Bildung implizierte die Annahme, daß alle Produkte einem klar zu definierenden Standard entsprachen, der sie mit anderen Waren vergleichbar machte und der sich auch in der Zeit kaum wandelte. Gerade im Bereich der Konsumgüter wurde jedoch zunehmend Flexibilität gefordert: es sollten breite Sortimente und moderne Güter in steigender Qualität hergestellt werden. Einheitliche und über längere Zeit stabile Preise schienen dazu nicht zu passen. Darum wurde zwar an dem Ziel, die Festpreisbildung zum Abschluß zu bringen, festgehalten, doch setzte sich allmählich die Ansicht durch, daß sie nicht ausnahmslos für alle Waren zu realisieren sei.<sup>159</sup>

Gleichzeitig wurde das Ziel durchweg niedriger Preise in Zweifel gezogen. Die ZK-Abteilung Planung und Finanzen wies darauf hin, daß bei vielen Konsumgütern die Betriebe auf Grund niedriger Preise nicht rentabel produzieren konnten. Außerdem sei die Nachfrage nach den billigen Gütern so hoch, daß sie durchweg nicht gedeckt werden konnte. Die ZK-Abteilung sprach sich dafür aus, den 1958 proklamierten Leitsatz, feste Preise bei Konsumgütern auf Basis des niedrigsten Kostenniveaus zu bilden, nicht mehr anzuwenden. Solch niedrige Preise sollten erst dann eingeführt werden, wenn das Warenangebot eine gewisse Größe erreicht hatte. Die ZK-Abteilung prognostizierte, daß dies bei einigen Erzeugnissen erst 1962 oder 1965 der Fall sein würde.<sup>160</sup>

Damit ließen die Verantwortlichen zwei wesentliche Gedanken der bis dahin verfolgten Preispolitik fallen. Aus der Bildung einheitlicher und fester Preise wurden bestimmte Produktgruppen ausgeschlossen, für die eine differenziertere Preispolitik gefragt war. Die negativen Effekte des Strebens nach durchweg niedrigen Verbraucherpreisen auf das Angebot wurden thematisiert, und es sollten von nun an auch höhere Preise zugelassen werden. Diese beiden veränderten Standpunkte fanden sich wieder im Konzept der preislichen Differenzierung, das zu Beginn der sechziger Jahre in die Preispolitik Einzug hielt. Es sah vor, für Waren, die in Qualität, Ausführung oder Design über dem normalen Produktstandard lagen, sowohl den Betrieben höhere Erzeugerpreise zu zahlen, als auch dafür von den Verbrauchern im Einzelhandel mehr zu verlangen. Der neue Ansatz wurde damit begründet, daß der Gebrauchswert solcher Waren höher liege und sie gehobenen Bedarf befriedigten. Hingegen sollten Güter, die zum Grundbedarf zählten, weiterhin günstig bleiben. Dadurch, daß große Teile der kaufkräftigen Nachfrage durch die teureren Produkte von den billigeren abgelenkt würden, könnten in beiden Warenssegmenten die bis dahin immer wieder aufgetretenen An-

---

159 Büro Apel/Wirtschaftskommission beim Politbüro: Durchführung des Beschlusses des V. Parteitagess bezügl. der Beendigung der Festpreisbildung, 5.1.1960, SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2029/65, Bl. 192.

160 ZK-Abteilung Planung und Finanzen: Einführung der Textilfestpreise [ca. Ende 1961], SAPMO-BArch DY 30 IV 2/608/72, Bl. 26.

gebotslücken verhindert werden. Zudem sollte es möglich sein, mittels der höheren Preise für bestimmte Produkte zumindest teilweise Subventionen zu beseitigen.<sup>161</sup>

Das hier bündig dargestellte Konzept wurde jedoch nicht zu einem gegebenen Zeitpunkt en detail entworfen. Die Idee war zunächst recht vage und entstand als Reflex auf die bis dahin offenbar gewordene Krise der Preispolitik; als neue politische Leitlinie ließ sie sich nur schwer in die Praxis umsetzen. Dafür gab es im wesentlichen drei Gründe.

*Erstens* blieb lange Zeit unklar, welche Güter eigentlich dem gehobenen Bedarf zuzurechnen waren und darum teurer sein durften. Bis dahin war innerhalb der Wirtschaftsverwaltung immer nur recht diffus davon gesprochen worden, daß es einen Grundbedarf gebe, den sich jeder leisten können sollte. Doch was genau dazu zählte, wurde nicht explizit thematisiert. Zu Beginn der Untersuchungsperiode, in den Zeiten der Nachkriegsnot, war wohl nur Nahrung, Behausung und Bekleidung darin einbezogen, doch während sich die allgemeine Versorgungslage stabilisiert und die DDR sich in Konkurrenz mit der zunehmend prosperierenden Bundesrepublik gesehen hatte, war der Bereich stillschweigend erweitert worden; auch gewisse kulturelle Bedürfnisse und eine Basisausstattung an modernem, technischem Gerät sollte sich jeder leisten können. Die Grenze zwischen Grund- und gehobenem Bedarf hatte sich im Laufe der Dekade verschoben, doch ihr genauer Verlauf innerhalb der einzelnen Warengruppen blieb ungeklärt. Erst mit der formalen Umsetzung der preislichen Differenzierung zu Beginn der sechziger Jahre wurde der vermeintliche Grundbedarf definiert, und zwar ex negativo, indem nämlich aus diesem Bereich als „übertrieben“ angesehene Bedürfnisse, die nach „Luxuswaren“ verlangten, ausgeklammert wurden.<sup>162</sup>

Bei dieser vagen Bezeichnung blieb es zumeist. Etwas präziser waren die teilweise synonym benutzten Begriffe „entwickelte“ oder „hochwertige“ Erzeugnisse. In bezug auf ihre materielle Beschaffenheit oder die technische Funktionalität der Waren ließ sich der angeblich höhere Gebrauchswert näherungsweise definieren. Die bis dahin vertretene Ansicht, daß die Verarbeitung neuer Rohstoffe oder technische Innovation keine zusätzlichen Kosten verursachen würde, hatte die Produktion der entsprechenden Waren erheblich beeinträchtigt und wurde nun in Zweifel gezogen.<sup>163</sup> Wenn aber der Produktionsaufwand für technisch oder qualitativ entwickelte Güter höher war und den Betrieben angemessen erstattet werden mußte, ließen sich so auch höhere Verbraucherpreise rechtfertigen. Schwieriger schien eine solche Argumentation allerdings in bezug auf ästhetische Aspekte der Waren, z.B. des Designs, wie sie der Diskussion um Preiserhöhungen für modische Erzeugnisse zugrunde lagen. Sie bezog sich hauptsächlich auf den Bereich der Textil- und Bekleidungsindustrie, da hier modische Aspekte per se wichtig waren. Jedoch bestand das besondere Legitimationsproblem höherer Preise für sogenannte „hochmodische“ Textilwaren darin, daß Mode in der DDR lange Zeit als Ausdruck der Launenhaftigkeit und Unwägbarkeit des kapitalistischen Marktes schlechthin galt. Sie galt als Widerspruch zum sozialistischen Qualitätsverständnis,

---

161 ZK Abt. Planung und Finanzen: [Text ohne Titel, ca. Herbst 1961], BArch DY 30 IV 2/608/71, Bl. 367.

162 Stitzel, *Fashioning Socialism*, S. 41.

163 In der ersten Hälfte des Jahres 1959 ergingen mehrere Verordnungen, die darauf zielten, die betriebliche Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsarbeit, Anschubinvestitionen und Umstellungskosten zu verbessern sowie zusätzlich materielle Anreize für Innovationen zu schaffen. Für den Bereich Textil siehe z.B. SPK-Abteilung Leichtindustrie, Sektor Textil, Bekleidung, Leder, Gruppe Ökonomie: Hinweise und Erläuterungen zur Verwirklichung und Anwendung der finanzpolitischen Grundsätze zur Förderung des technischen Fortschritts, 24.6.1959, BArch DE 1/24988.

denn Waren sollten nicht zierend, sondern solide, haltbar und praktisch sein.<sup>164</sup> Judd Stitzel macht darauf aufmerksam, daß es wohl erst ein von oberster Parteistelle vollzogener Wandel der Rechtfertigungsstrategie war, der der Idee preislicher Differenzierung in diesem Feld zum „Durchbruch“ verhalf. Während höhere Preise zuvor – meist von Vertretern des Handels – mit dem Hinweis, geschmackvolle Erzeugnisse seien mehr wert, gefordert worden waren, kehrte Walter Ulbricht dieses Argument um, indem er den Sanktionscharakter höherer Preise hervorhob. Auch die Verbraucher in der DDR hätten die Freiheit, sich zu kleiden, wie sie wollten, doch sollten diejenigen, die entgegen dem „Volksempfinden“ einen gewissen Chic wünschten, dafür auch mehr zahlen.<sup>165</sup>

Die hier deutlich werdende Diskreditierung von „Sonderwünschen“ war wohl weniger für die Ohren jener „Unvernünftiger“, die modische Kleidung haben wollten, als für die eigenen Funktionäre gedacht. Denn *zweitens* standen die Verantwortlichen in den zuständigen Instanzen dem Bruch der bis dahin verfolgten Preispolitik skeptisch gegenüber. Ihres Erachtens widersprach die neue Linie grundlegenden Überzeugungen sozialistischer Lebensstandardpolitik. Sie sorgten sich zum einen, daß durch die Festsetzung höherer Verbraucherpreise für einige Güter die Grundversorgung der Bevölkerung beeinträchtigt werden könnte. So stimmte im Mai 1960 die Staatliche Plankommission zwar höheren Preisen für Textilien zu, die als „hochmodische Spitzenerzeugnisse“ klassifiziert wurden, betonte jedoch gleichzeitig, daß ein genereller Preisanstieg unbedingt zu vermeiden sei. Die Differenzierung dürfte keinesfalls dazu führen, daß es nur noch Spitzenerzeugnisse, aber keine Standardprodukte mehr gebe. Deshalb regte die Plankommission an, solche Textilien in speziellen Betrieben produzieren und in gesonderten Verkaufsstellen anbieten zu lassen. Sie sollten nur ein kleines Segment des Gesamtangebotes darstellen, das auf die besonderen Wünsche einer beschränkten Verbrauchergruppe ausgerichtet war und entsprechend ausgewiesen wurde.<sup>166</sup> Die räumliche Trennung gehörte wesentlich zur Legitimation der Preisdifferenzierung. Dem Teil der Bevölkerung, der höhere Preise fürchtete, sollte damit versichert werden, daß diese buchstäblich begrenzt blieben.<sup>167</sup>

Um die Produktion „normaler“ Waren keinesfalls zu gefährden, wandte sich die Planbehörde auch dagegen, den Betrieben für die Herstellung von „Luxuswaren“ starke materielle Anreize zu setzen. Zwar legte sie im Mai 1960 fest, daß bei Erzeugnissen, für die Kunststoffe und synthetische Fasern verwandt wurden, sowie für solche, die technisch oder qualitativ verbessert waren, die höheren Produktionskosten in den Erzeugerpreisen zu berücksichtigen seien. Allerdings sollte dies sehr genau geprüft werden; nur „echte Gebrauchswertsteigerungen“ würden auch höhere Preise rechtfertigen.<sup>168</sup> Damit verbunden war aber ein weiteres Problem. Wie auch schon zuvor bei der Relationspreisbildung für Neuheiten, mußten Krite-

---

164 Stitzel, *Fashioning Socialism*, S. 159.

165 Ebenda, S. 371.

166 Auszug: Grundsätze der Einzelhandelsverkaufspreisbildung (Einzelpreisbildung und Handelsspannen), 18.5.1960, S. 7, BArch DE 1/9564.

167 Zu den später so genannten „Exquisit-Läden“: Stitzel, *Fashioning Socialism*, S. 417–455 und Philipp Heldmann, *Herrschaft, Wirtschaft, Anoraks. Konsumpolitik in der DDR der sechziger Jahre*, Göttingen 2004, S. 287–293. Hierzu und zu den 1966 gegründeten Delikat-Läden für höherwertige Lebensmittel: Merkel, *Utopie und Bedürfnis*, S. 251–277.

168 Auszug: Grundsätze der Einzelhandelsverkaufspreisbildung (Einzelpreisbildung und Handelsspannen), 18.5.1960, S. 6, BArch DE 1/9564.

rien gefunden werden, den Gebrauchswert der fertigen Ware quantitativ zu bestimmen. Dies widersprach der Marxschen Wertlehre und paßte nicht zu einer Preisbildung, die zentral und ex ante organisiert war. Denn kaum jemand in der Wirtschaftsverwaltung wußte, welche Gebrauchswerte die Bevölkerung besonders schätzte. Zwar war bereits seit Jahren immer wieder vor allem von Vertretern des Handels gefordert worden, den Bedarf in der Preisbildung stärker zu berücksichtigen und auch die Parteispitze selbst ging zu Beginn der sechziger Jahre dazu über, höhere Preise damit zu begründen, daß es entsprechende Nachfrage gebe,<sup>169</sup> doch letztlich existierten innerhalb der gesetzten systemischen Grenzen keinerlei Instrumente, mit denen die Nachfrage tatsächlich in die Preispolitik hätte einbezogen werden können. Und die systemisch gesetzten Grenzen standen zu dieser Zeit keineswegs zur Disposition.

Insofern wurden bezüglich der Frage, für welche Warenquantitäten höhere Preise gerechtfertigt seien, die gleichen, alten Argumente hervorgebracht, wie anlässlich ähnlicher Diskussionen in den Jahren zuvor. Die Staatliche Plankommission wollte Preiserhöhungen eingrenzen, weil sie die Betriebe zur Sparsamkeit anhalten und einen Anstieg der Verbraucherpreise vermeiden wollte, während Finanzminister Willy Rumpf für möglichst viele Waren die Preise möglichst stark anheben wollte.<sup>170</sup> Diese Diskussionen zogen sich eine ganz Weile lang hin, bis erneut die Parteispitze einschritt, um eine verbindliche Entscheidung zu treffen. Ein Politbüro-Beschluß vom März 1961 sah unter anderem vor, daß für „hochmodische“ Erzeugnisse, Neuheiten sowie für Güter, die technisch weiterentwickelt waren, die Verbraucherpreise um 10 bis 20 % angehoben werden sollten. Der Umfang der davon betroffenen Waren wurde mit maximal 15 % der jeweiligen Produktgruppe festgelegt.<sup>171</sup> Doch selbst nach dieser Intervention der Parteispitze zögerten die staatlichen Behörden mit der Umsetzung des Beschlusses.<sup>172</sup>

Denn *drittens* hatte sich die Versorgungslage in der DDR im Jahre 1961 weiter drastisch verschlechtert. Darum schien der Augenblick wenig geeignet, Maßnahmen zu ergreifen, die den Lebensstandard der Bevölkerung offensichtlich beeinträchtigen würden. Denn erneut lief diese scharenweise davon.<sup>173</sup> Erst indem sie die Grenzen zur Bundesrepublik schloß und die Bevölkerung an der Flucht hinderte, sicherte sich die DDR-Führung die Handlungsfreiheit, die sie benötigte, um die als notwendig erachteten reformerischen Schritte zu ergreifen.<sup>174</sup>

---

169 ZK, Abt. Planung und Finanzen: Die bessere Berücksichtigung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage bei der EVP-Bildung, 16.1.1961, SAPMO-BArch DY 30 IV 2/608/71.

170 ZK, Abt. Planung und Finanzen: Vermerk für das ZK der SED, Genossen Pfitze, 20.2.1961, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/608/71, Bl. 22.

171 ZK, Abt. Planung und Finanzen, Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel: Stellungnahme zur Information der Regierungskommission für Preise über die Erfüllung des Beschlusses des Politbüros vom 10.3.1961, Teil Preise, Handelsspannen, 23.10.1961, SAPMO-BArch DY 30 IV 2/610/130, Bl. 52–55.

172 Der Ministerrat verabschiedete ihn sogar erst wenige Tage nach dem Mauerbau, im August 1961. Stitzel, *Fashioning Socialism*, S. 379.

173 Patrick Major, Torschlußpanik und Mauerbau. „Republikflucht“ als Symptom der zweiten Berlinkrise, in: Ciesla/Lemke/Lindenberger, *Sterben*, S. 221–243, hier 224. Zu Motiven der Westwanderung und ihrer zahlenmäßigen Entwicklung bis zum Mauerbau: ders., *Innenpolitische Aspekte der zweiten Berlinkrise*, in: Hertle/Jarusch/Kleßmann, *Mauerbau und Mauerfall*, S. 97–110.

174 André Steiner: Dissolution of the „Dictatorship over Needs“? Consumer Behaviour and Economic Reform in East Germany in the 1960s, in: Susan Strasser/Charles McGovern/Matthias Judt (Hg.), *Get-*

Kurz nach dem Mauerbau wurden die ersten Preise erhöht. Betroffen waren jedoch keineswegs irgendwelche, wie auch immer definierten „Luxusgüter“, sondern Kurzwaren. Begründet wurde der Schritt damit, daß die Handelsspannen für diese Waren zu niedrig gewesen seien, weshalb sie aus den angebotenen Sortimenten nahezu verschwunden wären.<sup>175</sup> Dieses durchaus sozialpolitische Motiv – das Angebot der Waren sollte verbessert werden – wurde der Bevölkerung aber keineswegs nahegebracht und die Anhebung der Preise um etwa 30 % traf sie unvorbereitet und unkommentiert. Zwar verteuerten sich Waren wie Garnröllchen, Hosenträger und Gummilitze auf Grund ihrer ohnehin niedrigen Preise zu meist nur um Pfennigbeträge, doch kam es zu Unruhen unter der Bevölkerung.<sup>176</sup> Obgleich auch diese Maßnahme im März-Beschluß des Politbüros enthalten gewesen war, blieb sie innerhalb der Wirtschaftsverwaltung umstritten. Die Plankommission wandte ein, sie habe den genannten Beschluß so verstanden, daß Preiserhöhungen nur in dem Maße, wie sie zur Beseitigung von Stützungen nötig waren, durchgeführt werden sollten. Dies sei bei Kurzwaren aber nicht der Fall gewesen. Überdies habe sie gedacht, das Ziel sei die Förderung der Produktion und nicht etwa die Abschöpfung der Kaufkraft.<sup>177</sup> Doch trotz der Proteste – einiger Funktionäre wie der Bevölkerung – wurden weitere Preiserhöhungen geplant und durchgeführt.<sup>178</sup>

## 5. Fazit

Abschließend sollen die Preispolitik der DDR der fünfziger Jahre insgesamt bewertet und die Frage beleuchtet werden, welche Rolle das Motiv der Legitimation der politischen Herrschaft in der Verbraucherpreisbildung gespielt hat. Zuvor jedoch wird die Gesamtlebenshaltung der DDR-Bevölkerung in den fünfziger Jahren kurz zusammenfassend auf Basis der neu berechneten Daten eingeschätzt.<sup>179</sup>

---

ting and Spending. *European and American Consumer Societies in the 20th Century*, Cambridge 1998, S. 167–185, hier 172.

175 An das Mitglied des Politbüros Honecker, Betr. Preiserhöhende Maßnahmen in Durchführung des Politbüro-Beschlusses vom 10.3.1961, 13.10.1961, BArch DY 30 IV 2/608/71, Bl. 259.

176 Einzel-Information über Unstimmigkeiten unter der Bevölkerung aufgrund der Preiserhöhung bei Kurzwaren, 13.10.1961, BStU MfS, CAKG-26, Pl. 242/61. Zeitgenössische Äußerungen legen den Schluß nahe, daß diese Unruhen auch in Zusammenhang mit dem gleichzeitig verkündeten „Produktionsaufgebot“ standen, das den Arbeitern mehr Leistung für weniger Lohn abverlangte. Siehe dazu Hübner, *Konsens, Konflikt, Kompromiß*, S. 165f.; zu den Preiserhöhungen und ihren Folgen: Heldmann, *Herrschaft, Wirtschaft, Anoraks*, S. 254f.

177 SPK-Abt. Finanzen und Preise: Stellungnahme zur Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees zum Beschluß über die weitere Durchführung des Beschlusses des Politbüros vom 10.3.1961 über Maßnahmen zur Verbesserung der Leitung, Planung und Organisation auf dem Gebiet der Versorgung der Bevölkerung, Teil: Preise und Handelsspannen, 25.11.1961, BArch DE 1/26333, Bl. 5.

178 An das Mitglied des Politbüros Honecker, Betr. Preiserhöhende Maßnahmen in Durchführung des Politbüro-Beschlusses vom 10.3.1961, 13.10.1961, BArch DY 30 IV 2/608/71, Bl. 262.

179 Auf Basis der beiden amtlichen Wägungsschemata von 1955 und 1958 wurden zwei Indizes für die Gesamtlebenshaltung berechnet, in die die hier neu, auf Basis der Haushaltsrechnungen berechneten Indizes für die Bedarfsgruppe Nahrungsmittel, einmal auf Preisbasis 1950 und Verbrauchsbasis 1955 und einmal auf Verbrauchs- und Preisbasis 1958 sowie für die anderen Bedarfsgruppen die publizierten

Auch der neu geschätzte Lebenshaltungskostenindex auf Basis 1950 (100) ergab, daß die Lebenshaltungskosten zwischen 1950 und 1955 stark zurückgingen (1955: 86,2), jedoch in wesentlich geringerem Maße als dies der amtliche Index auswies (1955: 62,5). In dieser Phase wurden die HO-Preise stark herabgesetzt und auch das Angebot an Nahrungsmitteln, die zu dieser Zeit mit Abstand den größten Anteil am Verbrauch der Haushalte ausmachten, war überwiegend stabil – bis auf einen anzunehmenden Einbruch in der Versorgungskrise 1952/53. Für diese Jahre konnten leider keine alternativen Werte berechnet werden, doch scheint das im amtlichen Index ausgewiesene kontinuierliche Sinken der Lebenshaltungskosten bis 1955 unwahrscheinlich. Laut Neuberechnung haben sich die Lebenshaltungskosten in den Jahren 1955 bis 1957 relativ wenig verändert. Beide neu berechnete Indizes zeigen leichte Preisschwankungen. Nach amtlichen Angaben sanken die Gesamtlebenshaltungskosten in dieser Zeit; bei den meisten Bedarfsgruppen weisen sie nahezu stabile und bei Bekleidung und Verkehr deutlich sinkende Preise aus. Nach allem, was über die Verbraucherpreispolitik in dieser Phase, Qualitätsveränderung, Sortimentsverschiebung und steigende Preise für „Neuheiten“ gesagt wurde, scheint eine solche Preisentwicklung gerade bei Industriewaren, Bekleidung und Genußmitteln allerdings nicht plausibel.

Der neu berechnete Index auf Basis 1958 (100) zeigt, daß der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln durch die Aufhebung der Rationierung deutlich auf die Gesamtlebenshaltung „durchgeschlagen“ hat (1957: 92,9), während im amtlichen Index die Preisentwicklung exakt gegenteilig ausgewiesen wird (1957: 102; 1958: 100). Auch für diese Phase behauptet das Statistische Jahrbuch fallende Preise für die einzelnen Bedarfsgruppen, so daß der in der Neuberechnung erwiesene deutliche Anstieg der Ernährungskosten in der Berechnung der Gesamtlebenshaltung teilweise ausgeglichen wurde. Die Annahme jedoch, daß für die anderen Warengruppen die Preise deutlich zurückgingen, erscheint erneut wenig glaubhaft. Die zunächst zusammen mit der Aufhebung der Rationierung und in Hinblick auf das gewünschte Erreichen des westdeutschen Preisniveaus geplanten Preissenkungen für Industriewaren wurden wegen der unsicheren Angebotslage zurückgestellt; erst gegen Ende 1958 wurden Preise für Industriewaren herabgesetzt, so daß wohl anzunehmen ist, dieser „Ausgleichseffekt“ habe sich erst 1959 ausgewirkt. Dies legt auch die Neuberechnung nahe, die sinkende Lebenshaltungskosten von 1958 zu 1959 ausweist (1959: 99,0). Erst für das Jahr 1960 wirkt sich der Anstieg der Ernährungskosten nach der Neuberechnung erneut auf die gesamte Lebenshaltung aus (1960: 102,6).

Insgesamt sind die Lebenshaltungskosten in den fünfziger Jahren in der DDR also keineswegs – wie von offizieller Seite behauptet – kontinuierlich gesunken. Zwar konnten einige Ziele der Verbraucherpreispolitik realisiert werden – so das starke Absenken des Preisniveaus in der ersten Hälfte des Jahrzehnts und relative Stabilität in seiner Mitte – doch erlebten die Haushalte sowohl durch die Aufhebung der Rationierung als auch die Versorgungskrise vor dem Mauerbau einen erneuten Anstieg ihrer Lebenshaltungskosten. Erst wenn man

---

Indizes (Statistisches Jahrbuch 1957, S. 217; Statistisches Jahrbuch 1960/61, S. 232) eingegangen sind. Diese beiden Indizes können zeigen, welchen Einfluß die hier berechnete Preisentwicklung für Nahrungsgüter auf die Gesamtlebenshaltung gehabt haben könnte.

in diese Betrachtung die Löhne mit einbezieht und das Realeinkommen untersucht,<sup>180</sup> wird deutlich, daß sich der Lebensstandard der DDR-Bevölkerung im Laufe der fünfziger Jahre durchaus positiv entwickelte. Verglichen mit dem Jahr 1950 (100) nahm das Realeinkommen bis 1955 (163,2) sprunghaft zu, um in den folgenden Jahren nur noch leicht zu steigen. Die relativ geringe Zunahme des Realeinkommens zeigt auch der neu berechnete Index auf Basis 1958 (100). Im Jahr 1957 lag das Realeinkommen 1957 (100,1) nur wenig höher als 1958. Der Rückgang ist auf den enormen Preisanstieg im Zuge der Aufhebung der Rationierung zurückzuführen. Dieser wurde zum Folgejahr deutlich ausgeglichen (1959: 109,0), was auf den erheblichen Einkommenszuwachs im Zusammenhang mit dem Ende der Kartenwirtschaft – die Ausgleichszahlungen sowie die Anhebung der Industrielöhne – zurückgeführt werden kann, der also den Anstieg der Nahrungsmittelpreise im Vorjahr zunächst weit überkompensierte. Dieser Effekt scheint 1960 nicht mehr wirksam gewesen zu sein: das Realeinkommen stagnierte (1960: 109,0).

Erst durch den Anstieg der Löhne, der oftmals die negativen Folgen der Preisbildung auf die Lebenshaltungskosten ausglich, ergab sich insgesamt eine Verbesserung des Lebensstandards. Allerdings gelten die hier gemachten Aussagen nur für eine bestimmte soziale Gruppe, nämlich den Vierpersonenhaushalt der mittleren Einkommensgruppe, deren Haushaltsvorstand ein Arbeiter der volkseigenen Industrie war. Es ist nichts darüber gesagt, wie die Einkommen innerhalb der Bevölkerung verteilt waren. Und auch die Preise, die vermeintlich allgemein galten, konnten durchaus spezifische sein, die die hier untersuchten Haushalte nur zahlten, weil sie z.B. über ihre Betriebe privilegierten Zugang zu Waren hatten, von dem andere Verbraucher ausgeschlossen waren.

Wenn also die Verbraucherpreispolitik nur eingeschränkt die intendierten und von politischer Seite auch immer wieder versprochenen Folgen für die Lebenslage der DDR-Bevölkerung in den fünfziger Jahren aufwies, stellt sich um so dringender die Frage, inwiefern sie im Sinne der eingangs angedeuteten Legitimationsstrategie erfolgreich war. Wurden die Ergebnisse der Preispolitik zumindest teilweise positiv wahrgenommen und führte dies wiederum dazu, daß die Bevölkerung der SED-Spitze dankbar war und darum bereit, ihren Führungsanspruch anzuerkennen? Hier stellt sich jedoch das in der Sozialismus-Forschung bekannte Problem, daß nur wenige Quellen vorliegen, die zuverlässig und offen zum Ausdruck bringen, wie die Bevölkerung zu ihrer Regierung stand. Darüber hinaus scheint auch auf der konzeptuellen Ebene nach wie vor keine befriedigende Lösung gefunden, wie der Legitimitätsglaube<sup>181</sup> innerhalb der Bevölkerung methodisch erfaßt werden soll.<sup>182</sup> Auf dem Feld

---

180 Für die hier durchgeführte Neuberechnung wurden die beiden neuen Indizes zur Gesamtlebenshaltung benutzt, um den im Statistischen Jahrbuch der DDR publizierten Nettolohnindex zu deflationieren. Ausführlich dazu: Schevardo, Vom Wert des Notwendigen, S. 281–286.

181 Zur Unterscheidung von Legitimitätsanspruch der Herrschenden und Legitimitätsglaube der Untergebenen sowie zur Legitimität verschiedener Herrschaftstypen: Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Grundriß der verstehenden Soziologie, 1. Halbband, Tübingen 1956, S. 122–124; Sigrid Meuschel, *Legitimation und Partei Herrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*, Frankfurt am Main 1992, S. 22–28, führt zusätzlich, als brüchigere, weil enger an individuelle Interessen gebundene Form des Legitimitätsglaubens, das Konzept der Loyalität ein.

182 Fruchtbare Ansätze bietet nach wie vor die Alltagsgeschichte, wobei jedoch der Aspekt der Herrschaft deutlich zurücktritt. Siehe dazu Thomas Lindenberger, *Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung*, in: ders. (Hg.), *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln/Weimar/Wien, 1999, S. 13–44, besonders 16–26. Unlängst hat Philipp Heldmann einen neuen

der Konsumgeschichte der DDR, das eine Studie zur Verbraucherpreispolitik berührt, ist in den letzten Jahren – unter Einfluß der Kulturgeschichte – mehrmals versucht worden, den Aspekt der politischen Beherrschung „von oben“ aufzulösen und einzelne Politikbereiche als Felder sozialer Praxis, auf denen auch die „Beherrschten“ aktiv werden, zu beschreiben. In diesem Sinne wird gefragt, inwieweit politische Entscheidungen zwischen DDR-Führung und ihren Bürgern „ausgehandelt“ wurden.<sup>183</sup> Ohne Zweifel, so kann für die Verbraucherpreispolitik der fünfziger Jahre festgestellt werden, hatte das Verhalten der Bevölkerung punktuell Einfluß auf das Vorgehen der SED, und dieser Zusammenhang ist in Form von Eingaben und Beschwerden einzelner Personen oder auch in der aufmerksamen Observation durch die Staatssicherheit dokumentiert. So läßt sich zeigen, daß Preissenkungen immer wieder als Mittel eingesetzt wurden, die Bevölkerung kurzfristig zu befrieden. Auf diese Weise gelang es einige Male – so behauptete zumindest das Ministerium für Staatssicherheit – von Versorgungsmängeln abzulenken. So stellte das MfS im Oktober 1953 nach einer umfassenden Herabsetzung der HO-Preise fest, daß dadurch „andere Probleme wie die Stromversorgung etc. vorläufig überlagert wurden.“<sup>184</sup>

Allerdings geht die Annahme andauernder Aushandlungsbeziehungen mit einer breiten Konsumenten-agency für den Bereich der Verbraucherpreispolitik zu weit. Die zuständigen Behörden handelten während der gesamten fünfziger Jahre in der Überzeugung, genau zu wissen, was die „richtigen“ Preise seien. Davon rückten sie auch nicht ab, als, je länger desto mehr deutlich wurde, daß es ihnen nicht im geringsten gelang, die Bedürfnisse der Bevölkerung einzuschätzen. Dies Scheitern ist so eklatant, daß es eine Reformulierung der Legitimitätsfrage erforderlich macht. Denn es erscheint zweifelhaft, daß es der DDR-Regierung in den fünfziger Jahren wirklich wichtig war, den Lebensstandard der Bevölkerung zu fördern und in diesem Sinne auch die Preispolitik einzusetzen.

Die aktive Verbraucherpreispolitik in der DDR begann 1948 mit der Gründung der HO und der Etablierung eines höheren Preisniveaus. Die Maßnahme war wesentlich finanzpolitisch geprägt; zwar zielte sie auch auf die Verbesserung der Konsummöglichkeiten in der SBZ, jedoch nicht für alle Menschen, sondern nur für diejenigen, die sich am Leistungslohnsystem beteiligten. Damit erging keine Absage an eine allgemeine Verbesserung der Lebenslage, doch wurde sie vertagt bzw. an Bedingungen geknüpft. Die Reihenfolge lautete: „Erst mehr arbeiten und dann mehr essen.“<sup>185</sup> Damit war ein Leitsatz formuliert, der im

---

Vorschlag zu diesem Aspekt gemacht. Er stützt sich in seiner Untersuchung der DDR-Konsumpolitik der sechziger Jahre auf den von Victoria de Grazia für den italienischen Faschismus und die dort herrschende Haltung der Bevölkerung zum Regime entwickelten Begriff „Consent“. Heldmann übersetzt diesen als eine verhaltenswirksame Art der Zustimmung und bejaht dessen Anwendbarkeit für die DDR. Heldmann, Herrschaft, Wirtschaft, Anoraks, S. 21, 28. Jedoch gelingt es ihm nicht, den Begriff in seiner Untersuchung praktisch zu nutzen und auch er konzentriert sich letztlich auf die Wahrnehmung der Bevölkerungsreaktionen seitens der Partei.

183 Der Begriff des Aushandelns wurde, in Anlehnung an das von Janos Kornai für das Verhältnis zwischen Machtzentrale und unteren Einheiten der Bürokratie entwickelte Konzept der vertikalen Verhandlung (Kornai, *Das sozialistische System*, S. 134ff.) in einigen jüngeren Studien zur Konsumpolitik auf die Beziehung zwischen politischer Führung und Bevölkerung übertragen. Siehe dazu besonders: Stitzel, *Fashioning Socialism*; ders., *Konsumpolitik*, S. 191–203.

184 [handschriftl. Notiz] Leipzig, 27.10 1953, BSfU MfS Zentralarchiv, Allg. S. 9/57, Band 11.

185 Horst Barthel, *Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945–1949/50*, Berlin (Ost) 1979, S. 127.



Prinzip in den gesamten fünfziger Jahren gültig blieb. Die Wirtschaft sollte sich zunächst nachhaltig positiv entwickeln, bevor dann der einzelne ein gutes und immer besseres Leben würde führen können. Bei der Vergabe von Investitionen wurde durchweg die Schwerindustrie gegenüber der Konsumgüterproduktion bevorzugt. Eine solche Prioritätensetzung beruhte auf dem Marx'schen Reproduktionsschema und wurde im Rahmen des unter Stalin entwickelten Industrialisierungsmodells sozialistischer Staaten verabsolutiert. Es wurde nicht als Absage an die Erfüllung individueller Bedürfnisse verstanden, sondern man ging davon aus, daß der Antagonismus zwischen Akkumulation und Konsumtion im Sozialismus aufgehoben sei und die Verwendung von Geldern für das eine oder für das andere lediglich Antwort auf die Frage gebe: „Konsum heute oder morgen?“<sup>186</sup>

Zu einer gezielten und auf sofortige Effekte zielenden Förderung des Konsums war die SED-Spitze nur punktuell bereit.<sup>187</sup> Dies geschah dann, wenn es galt, die Bevölkerung ad hoc zu beruhigen bzw., nach der Erfahrung des 17. Juni 1953, möglichen Ausbrüchen von Unzufriedenheit vorzubeugen. In diesem Bestreben wurden sozialpolitische Rücksichten in der Wirtschaftspolitik der Partei aufgewertet. Für die Preispolitik z.B. resultierte daraus, daß die bereits zuvor formulierten Leitlinien – Verbraucherpreise sollten niedrig, stabil und einheitlich sein – nach dem 17. Juni ernster genommen wurden und einen hohen Eigenwert erlangten. Lange Zeit hielt man an ihnen fest, obgleich sie offensichtlich eine Reihe von Problemen in der Produktion und im Handel verursachten. Denn die Verbraucherpreispolitik erhielt mehr und mehr kompensatorische Funktion: wenn auch das Konsumangebot lückenhaft blieb und nicht mit den im Westen erhältlichen Waren konkurrieren konnte, so sollten wenigstens die Preise stabil und niedrig sein. Die DDR-Führung nahm an, daß dies in den Augen der Bevölkerung eine wesentliche Errungenschaft des Sozialismus sei, die sie darüber hinwegtröstete, daß sie länger als ihre westdeutschen Nachbarn warten müßte, bis sie über ein qualitativ hochwertiges und differenziertes Konsumgüterangebot verfügte. Daß jedoch die Verbraucher in der DDR vermutlich längst bereit waren, für solche Güter auch höhere Preise zu zahlen, wollte die politische Spitze nicht wahrhaben. Unverrückbar hielt sie am grundlegenden Anspruch und Rechtfertigungsgrund ihrer Herrschaft fest: daß sie die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung kannte, vielleicht sogar besser als diese selbst, und deren Erwartungen antizipieren konnte. Die Entwicklung und der Wandel des Bedarfs wurden aus der Preispolitik ausgeklammert – und sie blieben es lange Zeit, obwohl bald deutlich war, daß so Angebot und Nachfrage immer weniger in Einklang gebracht werden konnten.

Erst nachdem das lebensstandardpolitische Konzept, das in der „Ökonomischen Hauptaufgabe“ von 1958 enthalten war, aufgegeben werden mußte und gleichzeitig auf allen Feldern der Preispolitik Krisenmomente auftraten, kam es zu einem Umdenken. Weil die Produktion sich nicht entsprechend entwickelt hatte und die überschüssige Kaufkraft erheblich angestiegen war, schien die bis dahin verfolgte Politik der niedrigen, stabilen und einheitlichen Verbraucherpreise nicht weiter haltbar. Statt dessen wurde nun in der Preispolitik, als Rechtfertigung dafür, daß einige Waren deutlich teurer wurden, auf die Nachfrage der Be-

---

186 Diese Argumentation findet sich in einer wirtschaftswissenschaftlichen Studie aus den sechziger Jahren. Alfred Keck, *Nationaleinkommen – Konsumtion*, Berlin (Ost) 1968, S. 53.

187 Diese Ansicht steht im Gegensatz zu der nicht weiter ausgeführten Behauptung Phillip Heldmanns, Ulbricht habe vor dem Mauerbau versucht, die Bewohner der DDR mit einer „expansiven Sozial- und Konsumpolitik“ von der Abwanderung abzuhalten. Heldmann, *Herrschaft, Wirtschaft, Anoraks*, S. 11.

völkerung rekurriert – zumindest rhetorisch. Dies knüpfte daran an, daß bereits seit einigen Jahren Themen wie Bedarfsforschung, Geschmack und Werbung in den politischen und kulturellen Diskussionen in der DDR größeren Raum einnahmen. Die Handelswelt differenzierte sich aus, es entstanden neue Verkaufsformen und die Rolle des Kunden wurde thematisiert.<sup>188</sup> Gleichmaßen wurde die volkswirtschaftliche Funktion des Handels aufgewertet und ihm sollte größerer Einfluß auf die Produktion eingeräumt werden.<sup>189</sup>

Die Neuakzentuierung der Konsumpolitik in der DDR gegen Ende der fünfziger Jahre ist unbestreitbar. Jedoch blieb sie nahezu ohne Einfluß auf die Preispolitik. Es existierten zu dieser Zeit weder geeignete Instrumente, Nachfrage detailliert zu erfassen, noch Mechanismen, mit denen sie in die Preisbildung hätte integriert werden können.<sup>190</sup> Abgesehen davon sollten die ideologischen Prämissen der Preisbildung unangetastet bleiben. Es galt nach wie vor, daß der Wert der Ware grundsätzlich durch den Aufwand für ihre Produktion zu bestimmen sei. Dazu waren nur zentrale Behörden in der Lage, die eine Preisbildung ex ante vornahmen.

Insofern ist die Rechtfertigung der ab 1961 erlassenen höheren Preise für „hochmodische“, „entwickelte“ oder „Luxusgüter“ mit ihrem vermeintlich höheren Gebrauchswert als Lippenbekenntnis zu betrachten. Denn die Wirtschaftsverwaltung hatte keinerlei Vorstellung davon, welches die gehobenen Bedürfnisse der Verbraucher waren, die diese Güter angeblich erfüllten und was demnach die entsprechenden Waren für sie wert sein könnten. Vielmehr versuchte die DDR-Führung, mit dem Konzept der preislichen Differenzierung ihren sozialpolitischen Anspruch in der Preispolitik teilweise aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig versuchte sie, die mit diesem Schritt in Kauf genommenen negativen Folgen für den Lebensstandard zu verteidigen. Diese Rechtfertigungsstrategie scheint jedoch weniger auf die Bevölkerung als auf die eigenen Funktionäre gerichtet gewesen zu sein. Denn der Abschied von den lange gehegten sozialistischen Träumen, ständig wachsende Bedürfnisse zu durchweg stabilen Preisen zu befriedigen, fiel schwer.

Die Bevölkerung hingegen scheint nach dem Mauerbau so reagiert zu haben, wie die Regierung es sich gewünscht hatte. Trotz folgender Preiserhöhungen ging sie einkaufen und sorgte so dafür, daß der Geldüberhang schrumpfte. Zunächst handelte es sich dabei, wie die Plankommission vermutete, um „Angsteinkäufe“,<sup>191</sup> womit sie wohl auf die mit dem Mauerbau propagierten Szenarien eines westlichen Angriffs anspielte. Doch auch die kurz danach eröffneten „Exquisit“-Läden, in denen „hochmodische“ und andere qualitativ wertvolle Textilien verkauft wurden, nahm die Bevölkerung trotz der dort geltenden hohen Preise positiv auf.<sup>192</sup> Sie hatte schließlich keine Wahl.

---

188 Es erschien z.B. eine Reihe von Publikationen, die auf die Verbesserung der „Verkaufskultur“ zielten: Ingeburg Krause/Ernst Dietz, *Besser handeln, freundlich bedienen, sparsam wirtschaften. Neuerer Methoden helfen Dir*, Berlin (Ost) 1961; Günther Manz, *Was darf es sein?*, Berlin (Ost) 1959.

189 Thesen der Handelskonferenz, S. 12.

190 Judd Stitzel geht davon aus, daß die Bedarfsforschung keinerlei Einfluß auf die Produktion ausübte. Stitzel, *Sortimentslücken*, S. 193.

191 SPK, Abt. Plankoordinierung, *Sektor Lebensstandard: Information über die Kaufkraftentwicklung bis zum 31. August 1961*, 25.9.1961, BArch DE 1/3535, Bl. 74.

192 Stitzel, *Fashioning Socialism*, S. 421.